



98.038

**Schweizerisches Strafgesetzbuch  
und Militärstrafgesetz.  
Änderung****Code pénal suisse  
et Code pénal militaire.  
Modification***Fortsetzung – Suite*

## CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 14.12.99  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 08.03.00 (FORTSETZUNG - SUITE)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 28.11.00 (FORTSETZUNG - SUITE)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.06.01 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.06.01 (FORTSETZUNG - SUITE)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.06.01 (FORTSETZUNG - SUITE)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 19.09.01 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.03.02 (FORTSETZUNG - SUITE)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.03.02 (FORTSETZUNG - SUITE)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.02 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.02 (FORTSETZUNG - SUITE)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.09.02 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.09.02 (FORTSETZUNG - SUITE)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 02.12.02 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 13.12.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.12.02 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 12.03.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 21.03.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 21.03.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 03.06.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 05.06.03 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.06.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.06.03 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

**3. Bundesgesetz über das Jugendstrafrecht  
3. Loi fédérale régissant la condition pénale des mineurs**

**Thanei Anita** (S, ZH), für die Kommission: Das geltende Jugendstrafrecht ist in den Artikeln 82 bis 99 des Strafgesetzbuches geregelt und stammt aus dem Jahre 1912. Mit einer Teilrevision im Jahre 1971 wurde es verfeinert und ergänzt.

Die Spezialgesetzgebung für Jugendliche im Bereich des Strafrechtes basiert auf der Idee, dass Minderjährige besser durch erzieherische Massnahmen als durch Strafen vor weiteren Straftaten bewahrt werden können. Im Gegensatz zum Tatstrafrecht für Erwachsene ist deshalb das Jugendstrafrecht ein Täterinnen- und Täterstrafrecht. Die Sanktionen orientieren sich vorwiegend an der Prävention. Welche Sanktionen für den jugendlichen Täter im Einzelfall angebracht sind, ermitteln die Jugendstrafbehörden durch Erhebungen über seine Erziehung, sein Verhalten, seine Lebensverhältnisse sowie seine körperliche und geistige Verfassung.

Die Ausgestaltung des Jugendstrafrechtes als Täterstrafrecht ist heute nicht mehr überall unbestritten. Gerade in den USA, wo die Jugendstrafrechtspflege ihren Anfang nahm, ist eine Entwicklung im Gange, die in erster



Linie zum Ziel hat, die Gesellschaft zu schützen und die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Der Grundsatz "Erziehung vor Strafe" kommt ins Wanken, wenn Jugendliche besonders schwere Taten begangen haben. Zweifelsohne gibt es Situationen, bei denen erzieherische Massnahmen an Grenzen stossen. Medienberichte und entsprechende Statistiken, welche im Übrigen mit Vorsicht zu geniessen sind, haben teilweise die Öffentlichkeit aufgeschreckt. Es kann nicht generell von einer Zunahme der Jugendgewalt gesprochen werden, es gibt jedoch eine Verlagerung in den Deliktsbereichen, beispielsweise eine Zunahme im Bereich Raub und Körperverletzung.

Bei Tötungs- und Sexualdelikten und im Bereich der Eigentumsdelinquenz kann dagegen statistisch kein Anstieg festgestellt werden. Weiter hat das gestiegene Anzeigeverhalten der Betroffenen im Bagatellbereich zu einer Zunahme der polizeilich registrierten Jugendgewalt beigetragen. Bei der Revision des Jugendstrafrechtes muss beiden Anliegen – nämlich der öffentlichen Sicherheit einerseits und den Bedürfnissen der jugendlichen Delinquierenden andererseits – Rechnung getragen werden. Das ist der Konflikt, vor dem wir bei dieser Revision stehen.

Nun kurz zur Vorlage im Überblick.

1. Das Jugendstrafrecht wird vom Erwachsenenstrafrecht abgekoppelt. Die Möglichkeit, ein Jugendschutz-

#### AB 2002 N 124 / BO 2002 N 124

Jugendwohlfahrtsgesetz zu erlassen, wurde verworfen, da man bestimmten Verhaltensweisen von Jugendlichen mit strafrechtlichen Sanktionen begegnen will. Diese klare Trennung gegenüber vormundschaftlichen, also zivilrechtlichen Massnahmen soll zum Ausdruck bringen, welche Verhaltensweisen gesellschaftlich nicht toleriert werden können.

2. Das System der Strafen wird erweitert. Inhalt und Voraussetzungen der Sanktionen werden genauer geregelt als bisher. Das soll zu mehr Rechtssicherheit und Klarheit führen. Der Monismus wird aufgehoben, d. h., Massnahmen und Strafen sollen nebeneinander angeordnet werden können. Das ermöglicht eine individuelle Behandlung der jugendlichen Straftäter und -täterinnen.

3. Die Voraussetzungen für eine Befreiung von Strafe und Einstellung eines Verfahrens werden genau geregelt.

4. Das Strafmündigkeitsalter wird von sieben auf zehn Jahre erhöht. Diesbezüglich gab es sowohl in der Expertenkommission als auch in Ihrer Kommission für Rechtsfragen längere Diskussionen. Einerseits will man die Jugendlichen möglichst lange nicht durch ein Strafverfahren stigmatisieren und allfälligem Fehlverhalten mit vormundschaftlichen oder erzieherischen Massnahmen begegnen. Andererseits werden die Jugendlichen immer früher erwachsen. Die zehn Jahre sind ein helvetischer Kompromiss. Es gibt einige europäische Länder, in denen die Strafmündigkeit erst mit zwölf oder 14 Jahren beginnt. Diese Länder kennen zum Teil härtere Sanktionen ab Beginn der Strafmündigkeit, was für das schweizerische Recht nicht zutrifft.

5. Die wohl umstrittenste Neuerung der Vorlage ist die Möglichkeit eines Freiheitsentzuges von bis zu vier Jahren für Delinquierende über 16 Jahre als Sanktion für einen abschliessend geregelten Verbrechenskatalog. Bereits an dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass diese Strafe nur für schwere Verbrechen, welche im Erwachsenenstrafrecht mit Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren bedroht sind, sowie für die Tatbestände der Artikel 122, 140 Ziffer 3 oder 184 StGB als Ultima Ratio zur Anwendung kommt. Wichtig ist zudem, dass die bedingte Entlassung nach Verbüsung der Hälfte der Freiheitsstrafe von Amtes wegen mindestens halbjährlich überprüft werden muss.

6. Neu werden rechtsstaatliche Garantien ins Gesetz aufgenommen. Die kantonalen Jugendstrafverfahrensgesetze sind in diesem Bereich ziemlich lückenhaft. Es ist deshalb nötig, gewisse Minimalgarantien ins Gesetz aufzunehmen. Es soll beispielsweise die Trennung von Jugendlichen und Erwachsenen in der Untersuchungshaft festgelegt werden. Weiter wird ein Recht auf Beizug einer Verteidigung statuiert. Die Rechtsmittelmöglichkeiten werden geregelt. Damit können sämtliche Vorbehalte, die wir gegenüber der Kinderrechtskonvention anbringen mussten, aufgehoben werden.

7. Eine weitere wichtige Neuerung ist das Mediationsverfahren. Ihre Kommission für Rechtsfragen hat sich eingehend mit diesem Thema befasst und auch Hearings durchgeführt.

Im Gesetz fehlt eine besondere Berücksichtigung der weiblichen Delinquierenden. Es gibt hier einige Minderheitsanträge. Nicht lange auseinander gesetzt hat sich Ihre Kommission zudem mit den Fragen über Ursachen und Prävention in Bezug auf die Jugendgewalt.

Ihre Kommission beantragt Ihnen ohne Gegenstimme, auf diese Vorlage einzutreten.

**Eggy** Jacques-Simon (L, GE), pour la commission: S'occuper des mineurs de façon particulière sur le plan pénal, et non pas comme on le ferait d'adultes, est une idée ancienne qui a déjà été développée tout au



long du siècle dernier. La Suisse s'est inscrite dans ce mouvement d'idées lorsque le Parlement a élaboré en 1937 un Code pénal unifié. Attaqué en référendum, le Code pénal fut accepté par le peuple en 1942. Mais jusqu'à maintenant, Code pénal et Code pénal des mineurs étaient mêlés, même si des articles étaient et sont consacrés aux mineurs. Je pense à l'article 82 ou à l'article 92 du code actuel.

C'est donc bien une innovation qui nous est proposée avec une loi spéciale et indépendante pour les mineurs. Dans les articles du code actuel consacrés aux mineurs, les définitions, les critères sont trop généraux et parfois flous. Les peines, à part la durée maximale d'un an de prison, ne sont pas bien limitées dans le temps. Une oeuvre de clarification, de précision vous est proposée, non sans quelques modifications importantes. Je vous donne un aperçu de quelques nouveautés.

Le grand principe inchangé est celui du traitement pénal adapté aux faits, mais aussi adapté à la personne, c'est-à-dire plus particulièrement au mineur. Ce projet propose d'élever de 7 à 10 ans l'âge auquel une peine proprement dite est envisageable à l'endroit d'un mineur. Au-dessous de l'âge de 10 ans, on sera dans le domaine de l'accompagnement des enfants.

Le projet, à plusieurs articles, met l'accent sur l'idée de prévention, de réintégration, c'est-à-dire de mesures dans l'intérêt du mineur et aussi dans l'intérêt de la société, deux intérêts qu'il faut essayer d'équilibrer et de conjuguer.

Le projet renonce par réalisme et par esprit de souplesse à définir les catégories d'institutions appelées à accueillir les jeunes. Confiance est faite, en la matière, aux cantons et à leurs possibilités pratiques.

Mais le grand changement proposé est le passage de ce qu'on appelle le monisme au dualisme. Je m'explique. Aujourd'hui, on a soit une mesure soit, parfois, une peine, mais le juge doit choisir et, au fond, les deux s'excluent. Le projet établit qu'une faute, un délit doit entraîner une sanction. En principe, la mesure décidée par le juge doit précéder la peine et, si la mesure montre son efficacité sur la personnalité du délinquant, on peut renoncer à la peine. Mais le principe, c'est la peine, et l'application, c'est qu'on peut renoncer à cette peine. A l'inverse, si la mesure montre son inefficacité avant même son terme prévu, on pourra l'interrompre et appliquer la peine.

La majorité de la commission salue cette nouveauté, cette articulation entre mesure et peine. La minorité de la commission la trouve trop dure, trop défavorable aux mineurs et conteste ce dualisme. Nous verrons cela dans l'examen de détail des articles correspondants.

Les peines, vous ai-je dit, sont précisées. Aujourd'hui, on a seulement la durée maximale d'un an de prison. Avec le projet proposé par la commission, on a un an de prison possible pour un délinquant âgé de 15 à 16 ans; mais on peut aller jusqu'à quatre ans de prison pour un délinquant âgé de 16 à 18 ans. Pour les amendes, dès l'âge de 15 ans, on peut aller jusqu'à 2000 francs; puis, il y a la prestation personnelle exigible: dix jours jusqu'à 15 ans, trois mois entre 15 et 18 ans. Il s'agit toujours, là, de maxima. Ajoutons à cet arsenal la réprimande, dans le cadre d'une période probatoire, que pourra fixer le juge des mineurs.

Deux dispositions intéressantes sont les articles 7bis et 20 alinéa 3. Il y a possibilité de classer la procédure pénale et de donner une chance à un accord de réparation – ça, c'est très intéressant – entre la victime et le jeune délinquant, cela sous la houlette d'un médiateur: donc, l'idée de la réparation après contact et dialogue entre la victime et le délinquant.

Un mot encore sur la procédure et les conditions d'application de la peine. Le projet prévoit la séparation des jeunes et des adultes en détention. Evidemment, c'est très important. La Convention européenne des droits de l'homme, d'ailleurs, le prévoit. Dès lors, la Suisse n'aura plus à faire de réserve sur ce point-là. Le droit à un défenseur, c'est l'article 39 qui le dispose; le droit de faire appel contre le jugement à une instance judiciaire, c'est l'article 40 qui le dispose.

En résumé, en ce qui concerne le droit pénal des mineurs, il y a une grande discussion aujourd'hui, un peu partout dans le pays. Partout, on se demande s'il faut qu'il y ait une peine ou bien si le traitement spécial des mineurs doit exclure ou en tout cas limiter la sanction proprement dite, c'est-à-dire la peine. Nous sommes à cheval entre une tradition et un besoin de sécurité, et nous voulons donner des signes clairs à la société. Les débats en commission ont reflété cette contradiction. La majorité de la commission a recherché un équilibre, mais la balance penche trop nettement en faveur du deuxième volet, c'est-à-dire du souci de sécurité, aux

AB 2002 N 125 / BO 2002 N 125

yeux de la minorité. Vous allez le constater tout au long des débats. Mais, en gros et pour l'essentiel, la majorité de la commission rejoint largement le Conseil fédéral et vous propose de suivre une logique qu'elle croit être équilibrée et en bonne place, spécifique, par rapport au droit pénal général que nous avons tout récemment révisé.

C'est la raison pour laquelle, au nom de la commission, je vous invite à entrer en matière.





**Aeschbacher** Ruedi (E, ZH): Es macht Sinn, dass im Zuge der StGB-Revision, mit der sich unser Rat ja bereits befasst hat, auch das Jugendstrafrecht revidiert und womöglich auch dem StGB angeglichen wird. Unsere Fraktion begrüsst es, dass die Gelegenheit wahrgenommen wird, um die Bestimmungen über das Jugendstrafrecht aus dem StGB herauszulösen und in einem eigenen, nur das Jugendstrafrecht betreffenden Gesetzeswerk zu regeln.

Zum Eintreten haben wir keine Vorbehalte, und zu den verschiedenen Einzel- und Minderheitsanträgen werden wir uns noch in der Detailberatung äussern. Schon jetzt können wir aber festhalten, dass mit der Revision dem Jugendrichter und den Vollzugsorganen eine reichhaltigere Palette von Massnahmen und Sanktionen zur Verfügung stehen wird und die Tendenz noch stärker als bisher in Richtung Prävention, Resozialisierung und Sozialisierung, Hilfe, Erziehung und Begleitung geht. Das finden wir grundsätzlich auch richtig.

Es gibt aber auch Grenzen: Wir finden, dass wir mit den Anträgen der Kommission – mit dem Entgegenkommen, der Begleitung und der Fürsorge für die jugendlichen Straftäter – nun doch hart an die Grenze dessen gegangen sind, was überhaupt noch den Namen Jugendstrafrecht – und nicht bloss den Namen Jugendhilfe oder Jugenderziehung – verdient. Deshalb habe ich mich in den Kommissionsberatungen mehreren Anträgen widersetzt, die auf noch grösseres Entgegenkommen gegenüber jugendlichen Straftätern abzielten. Denn das Strafrecht darf für die Jugendlichen neben seinen Präventions-, Erziehungs-, Nacherziehungs- oder Resozialisierungsfunktionen auch den pönalen Charakter nicht vollständig verlieren.

Dies sage ich nicht zuletzt im Hinblick auf einige von noch nicht 18-Jährigen begangene, äusserst brutale Straftaten der letzten Jahre, wo es wohl weder von der Öffentlichkeit noch von den Straftätern selbst verstanden worden wäre, wenn da allzu viel Milde und Verständnis und Begleitung und Erziehung geübt worden wäre und nicht auch echte Sanktionen ausgefällt worden wären.

Unsere jungen Menschen, die in eine Welt der Beliebigkeit hineingeboren wurden und denen man in der Werbung und in den Medien vorspiegelt, das Leben sei eigentlich nur Fun und Lässigkeit und jeder und jede könne sozusagen tun und lassen, was ihr bzw. ihm gefalle, brauchen Leitplanken und müssen auch Grenzen gesetzt erhalten. Grenzen setzen nützt aber nur, wenn deren Überschreitung und Verletzung auch Konsequenzen – spürbare Konsequenzen – haben. Das gilt auch für die Konsequenzen, die Jugendliche tragen müssen, wenn sie die Strafgesetze verletzen. Ohne eine gewisse Strenge, die den Jugendlichen eigentlich gar nicht ungeliebt kommt, wenn sie gepaart ist mit Zuwendung und Verständnis und Liebe, geht es nicht. Wenn wir mit dieser Optik der verständnisvollen und liebevollen Strenge, aber auch der Konsequenz ans Werk gehen, werden wir wohl den Anliegen der Gesellschaft nach Sicherheit einerseits wie den Interessen der jugendlichen Straftäter andererseits am ehesten gerecht.

In diesem Sinne werden wir in der Detailberatung, auf die ich Sie einzutreten ersuche, Position beziehen.

**Wirz-von Planta** Christine (L, BS): Die liberale Fraktion befürwortet die Einführung eines eigenen Gesetzesbuches für das Jugendstrafrecht. Ebenfalls begrüssenswert ist die konsequente Umsetzung des Leitgedankens, grundsätzlich keine tatvergeltenden Kriminalstrafen, sondern besondere Rechtsfolgen vorzusehen, die ausschliesslich spezialpräventiven Zielen dienen und einen spezialpräventiven Charakter haben. Jugendliche Delinquenten sollen mittels altersgerechten Disziplinarstrafen in erster Linie von weiteren Delikten abgehalten werden. Eine kürzlich veröffentlichte Studie zeigt deutlich auf, dass die Zahl der Jugendlichen, die sich strafbar machen, leider ansteigt. Diebstahl und Gewaltanwendungen häufen sich. Als Auslöser dafür werden unter anderem die Erziehung respektive eben die mangelnde Erziehung sowie familiäre Umstände respektive Missstände angeführt. Jugendkriminalität kann aber auch nur eine Begleiterscheinung in der ganz normalen Entwicklung eines jungen Menschen sein. Das neue Jugendstrafrecht nimmt auf alle Umstände Rücksicht und will die Grundlage dafür schaffen, dass mit geeigneten und besonderen Massnahmen und Strafen individuell erzieherisch eingegriffen werden kann.

Zu den vorgesehenen Neuerungen: Es ist mehr als angezeigt, dass die Strafmündigkeit von sieben auf zehn Jahre heraufgesetzt wird. Der Expertenentwurf wollte die Grenze sogar auf zwölf Jahre anheben, was durchaus noch vertretbar oder zumindest diskutierbar gewesen wäre. Sieben- bis zehnjährige Kinder beschäftigen die Justiz ohnehin selten, und es ist sicher Sache der Eltern bzw. des Vormundes, strafende Reaktionen auf das Verhalten dieser Kinder einzuleiten. Wenn eine Straftat vorliegt, so ist es wirklich an den gesetzlichen Vertretern, handelnd einzugreifen.

Ein zentraler Punkt der Revision betrifft die Regelung des Vollzugs von Strafen in besonderen Einrichtungen. Da bei jugendlichen Straftätigen das Hauptgewicht auf die Wiedereingliederung bzw. ihre Resozialisierung gelegt wird, geht es nicht an, Jugendliche einfach einzuschliessen. In Bezug auf die Anordnung der Strafen wird nun in Artikel 10 des neuen Jugendstrafrechtes postuliert, Massnahmen und Strafen gleichzeitig aussprechen zu können. Der Vollzug der stationären Massnahme geht dem Strafvollzug voraus. Erreicht die statio-



näre Massnahme ihr Ziel, wird die Freiheitsstrafe nicht mehr vollzogen, fällt also ausser Traktanden. Dieser Systemwechsel zum richterlichen Dualismus ermöglicht, angemessener auf das abweichende Verhalten von Jugendlichen einzugehen und vermehrt auf Massnahmen zu setzen.

Wir stimmen natürlich den Begriffsvarianten "elterliche Sorge" anstelle von "elterlicher Gewalt" in Artikel 11 und "Geschädigter" anstelle von "Opfer" gemäss Entwurf des Bundesrates in Artikel 22 zu. Bei Artikel 27 Absatz 4 schliessen wir uns der Mehrheit an: "Wird die bedingte Entlassung verweigert, so hat die zuständige Behörde mindestens einmal halbjährlich neu zu prüfen, ob sie gewährt werden kann." Im pubertären Alter verändert sich die Persönlichkeit sehr schnell. Dies rechtfertigt eine halbjährliche Prüfung. Auch die klare Regelung der Verfolgungsverjährung in Artikel 35 darf als grosser Fortschritt der Revision bezeichnet werden. Je länger eine Straftat zurückliegt, umso problematischer wird es nämlich, sie zum Anlass einer Massnahme oder einer Strafe zu nehmen. Wir unterstützen die Variante der Kommission.

In Bezug auf das Verfahren ist die liberale Fraktion folgender Meinung: Es geht nicht an, dass die gesetzlichen Vertreter der Jugendlichen eine öffentlich durchgeführte Verhandlung verlangen können. Wenn ein öffentliches Interesse gegen die Öffentlichkeit des Verfahrens besteht, soll der mutmassliche Täter dies nicht erzwingen können.

Wir sind überzeugt, dass wir heute ein Jugendstrafrecht verabschieden können, welches sich in seinen Grundzügen an den persönlichen Bedürfnissen des Kindes und des Jugendlichen orientiert und das Schwergewicht auf erzieherische und therapeutische Massnahmen legt. Wir danken den Experten und den weiteren Kommissionen für die wertvolle Bearbeitung dieser Vorlage.

**Leuthard** Doris (C, AG): Auch die CVP-Fraktion empfiehlt Ihnen Eintreten auf diese Revision. Sie ist nötig, weil sich die Situation in den dreissig Jahren seit der letzten Revision geändert hat. Sie ist auch nötig, weil es richtig ist, für die Jugendlichen ein eigenes Jugendstrafrecht zu schaffen.

**AB 2002 N 126 / BO 2002 N 126**

Sie haben von den Vorrednerinnen und -rednern sowie der Berichterstatterin und dem Berichterstatter bereits gehört, dass in dieser Vorlage der Übergang vom Monismus, von der Wahl zwischen der Strafe oder der Massnahme, zum Dualismus eine wesentliche Veränderung darstellt. Auch die CVP-Fraktion begrüsst diese Neuerung, weil uns dadurch ermöglicht wird, dem Einzelfall gerecht werdende und flexible Behandlungen auszusprechen. Der Jugendrichter ist oft eine Mischung zwischen Sozialarbeiter und Richter und hat die schwierige Aufgabe, nach der gerechten Strafe zu suchen. Mit der Ausdehnung der Massnahmemöglichkeiten und der Strafen kann er hiermit für den Jugendlichen flexiblere und besser gefasste Lösungen suchen.

Es wäre aber falsch zu sagen, dass nun die Zahl der Jugendlichen, die mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt kommen, sehr gross ist. Sie nimmt zwar zu; wenn man aber genau hinschaut, ist es nach wie vor eine kleine Zahl von Jugendlichen, die nicht korrekt lebt. Sie ist aber in den Deliktskatalogen zunehmend auch mit einem Gewaltpotenzial gekoppelt. Es ist daher richtig, wenn wir spezialpräventiv den Bereich der Massnahmen stärken und hier auch versuchen, die notwendigen Vollzugsanstalten zu schaffen.

Dazu fehlt mir in der Botschaft etwas die Kostensicht. Es ist nämlich heute so, dass in den Kantonen Vollzugseinrichtungen vor allem im Bereich der psychischen Probleme von Jugendlichen zum grössten Teil fehlen. Die Kantone werden hier gefordert sein, für den Vollzug Einrichtungen zu schaffen, sowohl im Bereich der Freiheitsstrafen als auch im Bereich der persönlichen, der psychischen Probleme von Jugendlichen. Man rechnet alleine hierfür mit Investitionskosten von rund 20 Millionen Franken zulasten von Bund und Kantonen. Die CVP-Fraktion ist überzeugt, dass dies eine gute Investition ist, weil die Prävention – die gezielte und frühzeitige Erkennung von Störungen – das beste Mittel ist, um Rückfälle oder anhaltende Deliktskomponenten eines Täters oder einer Täterin untergraben zu können.

Auf den ersten Blick scheint die Ausdehnung der möglichen Freiheitsentzugsdauer auf bis zu vier Jahre als schwerwiegend und unangepasst. In der Kommission wurde lange darüber referiert. Man ist zum Schluss gekommen, dass diese Ausdehnung richtig ist, weil sie gleichzeitig durch die Altersgrenze begrenzt ist und ein schuldhaftes Handeln voraussetzt, weil es – wie bereits gesagt wurde – zunehmend auch schwere Delikte bei Jugendlichen gibt und sich dafür im Einzelfall allenfalls auch eine länger dauernde Freiheitsstrafe aufdrängt.

Wichtig ist aber als Ausgleich dafür auch die Einführung der Mediation, die sich in anderen Bereichen bewährt hat und mit einem Täter-Opfer-Ausgleich praxisgerechte, präventive und psychologisch sehr wertvolle Hilfen schafft. Damit kann auf beiden Seiten – sowohl auf der Opferseite wie auch auf der Seite des Jugendlichen – sinnvoll die Einsicht gestärkt werden, dass ein Leben nach dem Gesetz ohne Konflikte, ohne Gewalttaten der bessere Weg ist. Der Ausgleich ermöglicht zudem auch für das Opfer eine gewisse Genugtuung und eine



Einsicht gegenüber dem Täter.

Die CVP-Fraktion wird daher in der grossen Linie der Mehrheit folgen und in Artikel 18 die Minderheit unterstützen.

**Bosshard** Walter (R, ZH): Obwohl sich das geltende Jugendstrafrecht grundsätzlich bewährt hat, besteht auf diesem Gebiet Handlungsbedarf. Unser heutiges Jugendstrafrecht ist – das wurde bereits gesagt – als Täterstrafrecht ausgestaltet. Gerade dies muss, wenn auch sehr überlegt und differenziert, aber auch mit einem Blick auf die Entwicklung in anderen Ländern, genau überprüft werden. Dieser Entwicklung trägt – das ist zu begrüßen – der vorliegende Gesetzentwurf Rechnung.

Die FDP-Fraktion begrüsst die Erweiterung des Strafsystems und die genauere Regelung von Sanktionsvoraussetzungen und Sanktionsinhalten. Damit wird unseres Erachtens ein wichtiger und richtiger Schritt in Richtung Rechtssicherheit gemacht.

Als konsequent und richtig zu beurteilen ist auch der vorgeschlagene Freiheitsentzug bis zu vier Jahren, wenn der jugendliche Täter über 16 Jahre alt ist und ein besonders schweres Verbrechen begangen hat. Es wurde gesagt: Darüber haben wir lange diskutiert. Wir sind froh, dass wir zu dieser Entscheid gekommen sind.

Als richtig erachten wir es auch, dass künftig Massnahmen und Strafen – und nicht nur das eine oder das andere – angeordnet werden können. Neben der erzieherischen Seite des Jugendstrafrechtes muss es auch die repressive Seite geben. Es muss sich um ein Jugendstrafrecht handeln, und es darf sich nicht um ein Jugendschutzgesetz handeln.

Die im Gesetz neu verankerte Trennung von Jugendlichen und Erwachsenen in der Untersuchungshaft wird von der FDP-Fraktion grundsätzlich begrüsst. Wir gehen aber davon aus, dass die Einrichtung einer separaten Abteilung für Jugendliche innerhalb eines Gebäudes genügen muss und auf teure neue Infrastrukturen verzichtet werden kann. Entsprechend hat auch der Ständerat entschieden.

Die FDP-Fraktion steht hinter dieser Vorlage und ist geschlossen für Eintreten. Sie unterstützt bis auf ganz wenige Ausnahmen die Anträge der Mehrheit der Kommission für Rechtsfragen.

**Ménétreay-Savary** Anne-Catherine (G, VD): C'est sans enthousiasme que le groupe écologiste entrera en matière sur ce projet de loi. Nous sommes ici dans un domaine difficile, surtout ces derniers temps où l'on ne cesse de nous tenir des discours sur la violence des jeunes, le laxisme des parents, la déchéance de notre société trop permissive, trop individualiste. Dans ce domaine, il faut donc naviguer entre plusieurs écueils.

Le premier écueil à éviter est celui du paternalisme. C'est parfois une affaire de procédure. Dans plusieurs cantons, en effet, le juge des mineurs est celui ou celle qui instruit les causes, qui juge et qui veille encore à l'application des peines et mesures. Il, ou elle, a souvent la figure d'une mère ou d'un père sévère mais compréhensif, qui tient compte de la personnalité du mineur plutôt que de la gravité de son acte. Mais cela comporte aussi un risque d'arbitraire. Ce système est maintenu dans le code de procédure pénale fédérale en projet, ce qui est contraire à la Convention relative aux droits de l'enfant. Nous reviendrons donc sur ce point avec une proposition.

Par ailleurs, jusqu'ici, la sanction se limitait soit à des mesures éducatives, soit à des peines quand la pédagogie ne semblait pas pouvoir suffire, mais pas les deux ensemble. Le nouveau code que nous discutons aujourd'hui révèle des options nettement plus punitives. Les mesures éducatives peuvent se cumuler avec des sanctions et avec des peines. Le caractère plus répressif de cette loi constitue donc un deuxième écueil.

A nos yeux, cependant, la sévérité à l'égard de la délinquance des jeunes n'est pas en soi un défaut rédhibitoire. Nous sommes convaincus qu'il appartient à la société de mettre des limites et de sanctionner clairement les comportements inacceptables. Le problème est que la société civile, la société des adultes et donc la société des parents, a beaucoup de peine à le faire. J'ai toujours gardé en mémoire ces propos d'un adolescent qui me disait: "De nos jours, seuls le flic et le juge tiennent un langage clair."

Malheureusement, je ne suis pas certaine que les dispositions du nouveau droit pénal des mineurs soient aussi claires qu'elles devraient l'être. L'essentiel ici serait que l'enfant, le jeune homme ou la jeune fille qui a commis un délit reçoive une réponse qui ait du sens, qui ait un lien le plus direct possible avec le délit, non seulement du point de vue de la peine infligée, mais aussi du point de vue du temps. Recevoir une amende deux ans après les faits ne sert à rien!

Avec ce nouveau droit pénal, et surtout avec le cumul des sanctions – des mesures de travail d'intérêt général, des peines de prison, des amendes –, le risque est grand que le mineur ou la mineure, mais aussi ses parents, n'adhèrent ni à la sanction, ni à la mesure éducative perçue comme une intrusion dans leur vie de famille. Ils développent alors un sentiment d'injustice plutôt que le sentiment de culpabilité qu'on attendrait d'eux ou qu'on voudrait susciter.



## AB 2002 N 127 / BO 2002 N 127

C'est pour ces raisons que le groupe écologiste se réjouit de l'introduction dans la loi de la médiation pénale à l'article 7bis, parce que la confrontation du mineur avec la personne lésée garantit une certaine immédiateté et donne l'occasion au jeune de mieux réfléchir à son acte, et aussi parce que cette procédure apporte du sens à la sanction réparatrice.

Reste des incohérences dans cette loi sur lesquelles il est difficile de passer. C'est notamment le cas lorsqu'on prévoit des mesures qui ne peuvent pas être appliquées par manque d'équipement. Mettre des mineurs en détention préventive dans des prisons pour adultes, ce n'est pas acceptable et cela contrevient à la Convention relative aux droits de l'enfant. J'ai cru comprendre, en discutant avec eux, que le problème principal des juges des mineurs est qu'ils se sentent démunis quant aux sanctions possibles. Peut-être est-ce pour cette raison que le nouveau droit pénal des mineurs continue à faire une grande place aux peines de prison, même courtes, alors que le Code pénal des adultes supprime les peines privatives de liberté de moins de six mois? Cette question, à mon avis, est révélatrice d'une autre ambiguïté du nouveau droit. En effet, les juges avec qui j'ai pu parler semblent très gênés par le fait que des sanctions telles que des prestations personnelles, par exemple, puissent être ressenties non pas comme des punitions, mais comme des activités auxquelles les jeunes peuvent prendre de l'intérêt, voire même, oh horreur, du plaisir! Alors, que veut-on? Punir et faire mal au risque que le jeune sorte de là complètement révolté? Ou faire découvrir des actions motivantes en créant des liens personnels stabilisants et valorisants avec la chance d'obtenir un effet préventif important? Je crois important de souligner qu'à nos yeux, une sanction n'est pas toujours et exclusivement une punition, c'est d'abord une réponse.

Je terminerai en remarquant que tout cela dépend évidemment de la population concernée. S'agit-il des bloussons dorés qui se croient tout permis et vivent dans l'abondance et la facilité, comme certains membres de la commission semblent le penser, ou s'agit-il au contraire d'une jeunesse défavorisée, privée de perspectives d'avenir et socialement marginalisée? Nous n'avons pas vraiment approfondi cette question en commission, mais le groupe écologiste penche pour la deuxième hypothèse et c'est sur elle que se fondent plusieurs des propositions que nous défendrons tout à l'heure.

Pour le moment, nous vous invitons donc à entrer en matière sur ce projet de loi, malgré nos réserves, et à soutenir les amendements qui seront présentés.

**Siegrist Ulrich (V, AG):** Auch die SVP-Fraktion ist für Eintreten auf den Gesetzentwurf. Auch wir erachten es als richtig, dass wir das Jugendstrafrecht in einem speziellen Strafgesetz regeln, aber eben in einem Strafgesetz. Dabei formulieren wir für die weitere Diskussion eine klare Nuance, teilweise in Bestätigung, teilweise in Bestärkung einiger Vorrednerinnen und Vorredner. Wir unterstützen die Neuorientierung, die stärkere Orientierung Richtung Täterstrafrecht, Richtung Erziehungs- und Therapiebedürfnisse, Richtung Präventionszweck. Wir meinen aber, dass sich die Schwere der Tat von der Beurteilung des Täters auch im Täterstrafrecht nicht ganz loslösen lässt und dass vor allem der Schutzzweck der Gesellschaft auch hier eine wesentliche Rolle spielen muss und weiterhin zu spielen hat. Wir anerkennen, dass es im Jugendstrafrecht häufig – und häufig viel anders als im Erwachsenenstrafrecht – um eine bestimmte Entwicklungsphase geht, um Übergangssituationen, in denen sich die Täterinnen und Täter als werdende Persönlichkeiten befinden. Wir bitten aber auch zu akzeptieren, dass es auf der anderen Seite Situationen gibt, die sich eigentlich in fast nichts von Situationen unterscheiden, in denen sich Jugendliche wie Erwachsene verhalten, in denen alle Merkmale vorhanden sind, die auch bei einer Tat von Erwachsenen vorkommen.

Deshalb befürworten und unterstützen wir die neuen Verfahrensregeln, die verstärkte Individualisierung und das breitere Ermessen bei den Massnahmen. Wir unterstützen auch das Mediationsverfahren. Wir meinen aber gleichzeitig, dass sich das Jugendstrafrecht nicht zu einem reinen "Jugendwohlfahrtsgesetz" transformieren darf, sondern dass es letztlich der Gewaltbekämpfung zu dienen hat, wozu eben neben der Säule der Prävention auch die Säule des strafenden Staates gehört, schon aus Gründen des Gerechtigkeitsgefühls.

Wir meinen, dass es mit der Vorlage insgesamt gelungen ist, in diesem Dilemma, in dieser Polarität den richtigen Weg zu finden. Wir stehen deshalb hinter dem vorliegenden Entwurf mit den Modifikationen der Mehrheit. Wir werden den Entwurf unterstützen und in der Detailberatung in aller Regel den Mehrheitsanträgen folgen.

**de Dardel Jean-Nils (S, GE):** Le groupe socialiste, même s'il considère de manière critique le projet d'un nouveau droit pénal des mineurs, est néanmoins d'accord d'entrer en matière. Il est évidemment nécessaire de revoir le droit pénal des mineurs dès lors que le Parlement est en train de revoir toute la partie générale de



l'ensemble du droit pénal. Il est aussi opportun – à notre avis, c'est évident – d'augmenter la limite d'âge à partir de laquelle s'applique le droit pénal des mineurs. Le projet du Conseil fédéral fait passer cette limite de 7 à 10 ans, ce qui signifie que les comportements délictueux ou criminels des enfants en dessous de 10 ans ne sont plus justiciables du juge pénal, mais seulement des autorités de tutelle. C'est une très bonne proposition, qui aurait même pu être meilleure encore en augmentant la limite d'âge jusqu'à 12 ans. Cela nous aurait rapproché davantage des standards européens à ce sujet, mais manifestement il existe un certain consensus en Suisse sur cette limite désormais fixée à 10 ans, et pour cette raison nous renonçons à demander une augmentation à 12 ans en réservant cette réforme pour une révision ultérieure de la loi.

Le droit pénal des mineurs se distingue de celui des adultes par le fait qu'il sanctionne essentiellement le comportement et la personnalité de l'auteur pour tenter de les améliorer, la punition de l'acte passant au second plan. Cette conception, qui est très adéquate à notre avis, n'est heureusement pas abandonnée par le projet de révision, mais elle est quand même très corrigée et d'une manière qui nous semble discutable. D'abord, le système moniste actuel est abandonné pour un système dualiste: alors qu'aujourd'hui une peine, notamment une peine privative de liberté, est exclue lorsqu'une mesure thérapeutique ou éducative est décidée, le nouveau système permet de cumuler les mesures et les peines. Il y a donc là un rapprochement avec le système applicable aux adultes, qui nous semble regrettable. Ensuite, pour les mineurs de 16 à 18 ans et en cas d'infraction particulièrement grave, le projet prévoit une peine de détention pouvant aller jusqu'à quatre ans, alors que le maximum actuel est d'un an seulement. Sur ce point aussi, le projet du nouveau droit pénal des mineurs se rapproche, à notre avis dangereusement, du droit appliqué aux adultes. Nous avons fait une proposition de minorité à ce sujet (art. 24 al. 2).

Le groupe socialiste entre donc en matière et vous invite à soutenir les propositions de minorité de la gauche.

**Metzler** Ruth (, ): Das Jugendstrafrecht soll aus dem Strafgesetzbuch ausgegliedert und künftig in einem separaten Bundesgesetz über das Jugendstrafrecht geregelt werden. Ich betone das, weil seit jeher eine gewisse Tendenz besteht, das Jugendstrafrecht als blosses Anhängsel zu betrachten und seine Bedeutung im Kontext der Kriminalpolitik zu unterschätzen.

Indessen hat das Jugendstrafrecht für die Verbrechensprävention einen hohen Stellenwert. Wenn es nämlich gelingt, die Straftaten Jugendlicher richtig einzuschätzen und ihnen mit den geeigneten und angemessenen Mitteln zu begegnen, dann sind die Chancen für eine nachhaltige Verhütung späterer Straftaten gross. Denn bei jungen Menschen lassen sich durch geeignete Massnahmen grundlegende Verhaltensänderungen noch leichter erreichen als bei Erwachsenen. Gegenüber jugendlichen Straftätern haben wir

AB 2002 N 128 / BO 2002 N 128

zudem eine besondere Verpflichtung, ihnen den Weg in eine Zukunft ohne Straftaten ebnen zu helfen. Wir wollen sie nicht mit der Perspektive sitzen lassen, dass ihr Leben verpfuscht ist, bevor es eigentlich erst richtig begonnen hat.

Mir scheint offensichtlich, dass straffällige Kinder und Jugendliche für ihr Verhalten nie völlig allein verantwortlich sein können. Wir Erwachsene tragen immer eine gewisse Mitverantwortung. Wir müssen also genau überlegen, mit welchen Massnahmen wir auf die Straftaten junger Menschen antworten. Was für kriminelle Erwachsene gilt, können wir nicht eins zu eins auf junge Rechtsbrecher übertragen. Jugendliche sind Menschen, die besondere Aufmerksamkeit brauchen – auch und gerade, wenn sie straffällig geworden sind. Straftaten sind erfahrungsgemäss oft nur vorübergehende, episodenhafte Begleiterscheinungen in der Entwicklung junger Menschen. Es braucht zwar auch in diesen Fällen klare Interventionen, die den jugendlichen Rechtsbrechern auch signalisieren: so nicht! Allzu drastische Reaktionen wären aber unangemessen und kontraproduktiv.

Das Jugendstrafrecht hat sich im Grossen und Ganzen sehr bewährt, und dessen Grundausrichtung soll deshalb auch nicht geändert werden. Die Kommission beantragt vergleichsweise wenige Änderungen am Entwurf des Bundesrates bzw. an den Beschlüssen des Ständerates. Diese scheinen mir im Allgemeinen unproblematisch zu sein. Ich komme darauf noch in der Detailberatung zurück, soweit mir dies notwendig erscheint. Ich kann mich jedoch grundsätzlich sämtlichen Anträgen bzw. Mehrheitsanträgen der Kommission für Rechtsfragen anschliessen.

Ich bitte Sie, auf diesen Entwurf einzutreten.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen*

*L'entrée en matière est décidée sans opposition*

*Detailberatung – Examen de détail*







**Titel und Ingress**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Titre et préambule**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

**Art. 1**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1, 3*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Abs. 2*

....

c. Artikel 56 Absätze 2, 4 und 5 (Grundsätze bei Massnahmen);

....

i. Artikel 75a (Besondere Sicherheitsmassnahmen);

....

**Art. 1**

*Proposition de la commission*

*Al. 1, 3*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Al. 2*

....

c. article 56 alinéas 2, 4 et 5 (principes applicables aux mesures);

....

i. article 75a (mesures particulières de sécurité);

....

**Thanei** Anita (S, ZH), für die Kommission: Ich möchte nur kurz etwas zu Artikel 1 Absatz 2 sagen: Mit diesen Verweisen wird im Vergleich zum geltenden Recht mehr Rechtssicherheit und Klarheit geschaffen. Wir werden aber, sobald der endgültige Text des Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches verabschiedet ist, diese Verweise anpassen müssen. Darauf wollte ich kurz hinweisen.

*Angenommen – Adopté*

**Art. 2**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Abs. 2*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

*Abs. 3*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 2**

*Proposition de la commission*

*Al. 1*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Al. 2*

.... vouée aux conditions de vie et à l'environnement ....

*Al. 3*



Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Eggy** Jacques-Simon (L, GE), pour la commission: A l'article 2, j'attire simplement l'attention des Romands sur le fait qu'on a apporté une modification rédactionnelle. C'est plus clair de parler des "conditions de vie" que de parler tout simplement de la "vie", ce qui est un beau programme, mais qui ne veut pas dire grand-chose.

*Angenommen – Adopté*

### **Art. 3**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Abs. 2*

.... so ist hinsichtlich der Strafen nur das Strafgesetzbuch .... wurde. Bedarf der Täter einer Massnahme, ist diejenige Massnahme nach dem Strafgesetzbuch oder nach diesem Gesetz anzuordnen, die nach den Umständen erforderlich ist. In diesen Fällen bleibt das Verfahren gegen Jugendliche anwendbar, das eingeleitet wurde, bevor die nach Vollendung des 18. Altersjahres begangene Tat bekannt wurde. Andernfalls ist das Verfahren gegen Erwachsene anwendbar.

### **Art. 3**

*Proposition de la commission*

*Al. 1*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Al. 2*

Lorsque plusieurs infractions commises avant et après l'âge de 18 ans révolus de l'auteur doivent être jugées en même temps, le Code pénal seul est alors applicable en ce qui concerne les peines. Ceci vaut aussi pour la peine complémentaire (art. 49 al. 2 CP) prononcée pour un acte commis avant l'âge de 18 ans révolus. Si l'auteur a besoin d'une mesure, c'est la mesure du Code pénal ou de la présente loi requise par les circonstances qui doit être ordonnée. Dans ces cas, la procédure pénale des mineurs introduite avant la connaissance de l'acte commis après l'âge de 18 ans révolus reste applicable. Dans les autres cas, c'est la procédure pénale des adultes qui est applicable.

**Thanei** Anita (S, ZH), für die Kommission: Wir haben hier eine Differenz zum Ständerat. Das Gesetz gilt grundsätzlich für Personen zwischen dem 10. und dem 18. Altersjahr. In Absatz 2 geht es um die Frage, was geschieht, wenn gleichzeitig eine vor und eine nach Vollendung des 18. Altersjahres begangene Tat zu beurteilen sind.

AB 2002 N 129 / BO 2002 N 129

Die bundes- und ständerätliche Version geht in solchen Fällen kategorisch ohne Ausnahme vom Erwachsenenstrafrecht aus, in Bezug sowohl auf das Verfahren als auch auf die Sanktion. Dies stellt eine Verschlechterung zum geltenden Recht dar. Wenn also ein Jugendlicher z. B. fünf Diebstähle vor und eine Entwendung nach dem 18. Altersjahr begeht, würde er nach der Version des Ständerates vollständig unter das Erwachsenenstrafrecht fallen.

Ihre Kommission hat eine flexiblere Lösung, einen so genannten Mittelweg gewählt. Gelangt das Gericht zur Ansicht, es müsse für die Tat eine Strafe ausgefällt werden, kommt das Strafsystem des Erwachsenenstrafrechtes zur Anwendung. Entscheidet sich das Gericht für eine Massnahme, so stehen die Massnahmen sowohl dieses Gesetzes als auch des Erwachsenenstrafrechtes zur Verfügung. Ist bereits ein Verfahren pendent, dann bleiben die Jugendstrafrechtsbehörden zuständig.

Ich bitte Sie deshalb, Ihrer Kommission zu folgen. Frau Bundesrätin Metzler hat ja bereits ihr Einverständnis erklärt.

**Eggy** Jacques-Simon (L, GE), pour la commission: Il s'agit en effet du chevauchement lorsque des délits ont été commis avant 18 ans et après 18 ans révolus. Selon la version du Conseil fédéral, c'est uniquement le Code pénal des adultes qui s'applique, tandis que selon la proposition de la commission, il est possible que la mesure, si une mesure doit être prise, réponde aux critères de la présente loi. C'est donc une solution plus souple qui vous est proposée.





Nous vous engageons à suivre la commission.

*Angenommen – Adopté*

**Art. 4, 5**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

**Art. 6**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Abs. 2*

*Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Minderheit*

(Thanei, Aeppli Wartmann, de Dardel, Hubmann, Jutzet, Ménétrety-Savary, Siegrist)

.... betreuen. Mädchen- und frauenspezifische Anliegen sind zu berücksichtigen.

*Abs. 3*

*Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Minderheit*

(Thanei, Aeppli Wartmann, de Dardel, Hubmann, Jutzet, Ménétrety-Savary)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 6**

*Proposition de la commission*

*Al. 1*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Al. 2*

*Majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Minorité*

(Thanei, Aeppli Wartmann, de Dardel, Hubmann, Jutzet, Ménétrety-Savary, Siegrist)

.... est assurée. Les intérêts spécifiques des jeunes filles et des femmes doivent être pris en compte.

*Al. 3*

*Majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Minorité*

(Thanei, Aeppli Wartmann, de Dardel, Hubmann, Jutzet, Ménétrety-Savary)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Gross Jost (S, TG):** Die Minderheit stellt Ihnen zu Artikel 6 Absatz 2 als zusätzliche Anforderung an die Gestaltung des Vollzugs der Untersuchungshaft den Antrag, dass mädchen- und frauenspezifische Anliegen in der Untersuchungshaft besonders zu berücksichtigen sind. Im Übrigen stellt sie diesen Antrag sinngemäss auch für Artikel 14, der die Unterbringung regelt. Dieser Antrag ist in der Kommission leider mit einem Zufallsmehr von 8 zu 7 Stimmen abgelehnt worden.



Die Untersuchungshaft auch für Jugendliche ist auf das männliche Geschlecht ausgerichtet. Das gilt für die Institution an sich, für die Art der Einrichtung, die Art der Betreuung und vor allem auch für das Bildungs- und Beschäftigungsangebot. Das ist eine Folge des Umstandes, dass sich in diesem Strafvollzug und entsprechend in der Untersuchungshaft vorwiegend Jugendliche männlichen Geschlechts befinden, was wiederum damit zusammenhängt, dass hier natürlich die männliche Deliktstruktur dominiert. Das heisst, dass Mädchen und angehende Frauen in diesen Einrichtungen in besonderem Masse nicht adäquat betreut werden können, wenn man diesem Aspekt nicht ein besonderes Gewicht zugesteht. Das gilt vor allem für die Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung. Ich denke, das ist ein Anliegen der geschlechtsspezifischen Gleichbehandlung, wie es in Artikel 8 der Bundesverfassung festgelegt ist. Ich kann mir eigentlich schwer vorstellen, dass Frau Bundesrätin Metzler diesem frauenspezifischen Anliegen nicht Gehör schenken will; ich bin gespannt auf ihre Stellungnahme.

Ich darf gleich auch noch zu Absatz 3 Stellung nehmen – hier lautet das Anliegen anders, aber es ist auch sehr wichtig: Der Bundesrat hat in seinem Entwurf die Formulierung vorgesehen, die Untersuchung sei beschleunigt durchzuführen. Der Bundesrat hat damit dem Anliegen Rechnung getragen, wonach es vor allem bei Jugendlichen wichtig ist, dass sie schnell sanktioniert werden, wenn sie straffällig werden. Aus präventiven erzieherischen Gründen ist es gerade bei Jugendlichen ausserordentlich wichtig, dass zwischen der Tat und der richterlichen Beurteilung nicht allzu viel Zeit verstreicht. Nur dann können Strafen und Massnahmen ihren erzieherischen und resozialisierenden Effekt erreichen. Nun wurde in der Kommission dagegen eingewendet, dieses Beschleunigungsgebot spiele wahrscheinlich doch nicht, die Fristen würden nicht eingehalten. Aber solche Praktikabilitätsgründe sind erstens unzutreffend und können zweitens nicht gegen dieses berechnete, vom Bundesrat vertretene Anliegen sprechen. Beispielsweise ist es durchaus so, dass das Beschleunigungsverbot im Zivilprozessrecht, etwa im Familienrecht, eine wichtige Bedeutung hat und dass diese Fristen auch eingehalten werden. Ich weise noch darauf hin, dass auch der Gesetzgeber bei der Verfolgungsverjährung – wo er kurze Verjährungsfristen ansetzt, nämlich je nach Strafmass ein bis fünf Jahre – eben konsequent auch dem Umstand ein besonderes, zusätzliches Gewicht beimisst, wonach Jugendliche strafrichterlich schnell beurteilt werden sollen, damit eben auch der Effekt der resozialisierenden Wirkung einer Strafe oder Massnahme verstärkt werden kann. Es ist überhaupt kein Grund ersichtlich, weshalb der Nationalrat hier nicht der Minderheit und damit dem Entwurf des Bundesrates folgen und die unverständliche Streichung des Ständerates ablehnen sollte.

In diesem Sinne bitte ich Sie, diesen beiden Minderheitsanträgen zuzustimmen.

**Thanei** Anita (S, ZH), für die Kommission: Es geht in Artikel 6 um die Untersuchungshaft. Als wichtige Neuerung verlangt das Gesetz, dass Jugendliche getrennt von erwachsenen

AB 2002 N 130 / BO 2002 N 130

Gefangenen unterzubringen und in geeigneter Weise zu betreuen sind. Eine starke Minderheit verlangt zusätzlich, dass im Rahmen dieser Betreuung mädchen- und frauenspezifische Anliegen zu berücksichtigen sind – dies im Hinblick darauf, dass sich sämtliche Einrichtungen, Strukturen und Ausbildungsmöglichkeiten vor allem an männlichen Delinquierenden orientieren. Die Mehrheit der Kommission ist jedoch der Ansicht, dass mit dem Zusatz "in geeigneter Weise zu betreuen" auch diese frauenspezifischen Anliegen abgedeckt sind.

Zu einer weiteren Diskussion führten die beiden ständerätlichen Änderungen am Entwurf des Bundesrates. Ihre Kommission übernimmt den Zusatz in Absatz 1, wonach die Dauer der Untersuchungshaft möglichst kurz zu halten ist. Das ergibt sich bereits aus dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit. Die Untersuchungshaft ist eine sehr einschneidende Massnahme, welche vor allem bei Jugendlichen als Ultima Ratio zur Anwendung gelangt und so kurz als möglich zu halten ist. Dagegen will die Mehrheit Ihrer Kommission in Übereinstimmung mit dem Ständerat Absatz 3 streichen, wonach die Untersuchung beschleunigt durchzuführen ist. Dieses Prinzip der beschleunigten Untersuchung entspricht zweifelsohne dem erzieherischen Anliegen, ist jedoch durch die Ergänzung in Absatz 1 genügend abgedeckt, weshalb die Mehrheit der Kommission diesen Streichungsantrag unterstützt.

**Eggly** Jacques-Simon (L, GE), pour la commission: Il y a donc là, à l'article 6, deux propositions de minorité. A l'alinéa 2, la majorité estime que la disposition selon laquelle "une prise en charge appropriée est assurée" est suffisante pour rendre attentif aux besoins spécifiques de chacun des détenus: implicitement, les besoins spécifiques des femmes et des jeunes filles sont pris en compte. La majorité a le sentiment qu'avec la proposition de minorité, qui veut préciser "les intérêts spécifiques des jeunes filles et des femmes", il y a quelque chose d'à la fois trop contraignant par rapport aux possibilités qu'ont les cantons dans l'application des peines,



et trop vague. Par conséquent, mieux vaut, en faisant confiance à ce qui se passe déjà et à ce qui se passera sans doute encore mieux, en rester à la version de la majorité de la commission à l'alinéa 2.

Quant à l'alinéa 3, si la majorité de la commission vous propose d'adhérer à la décision du Conseil des Etats et de biffer ledit alinéa, c'est tout simplement parce que le Conseil des Etats a introduit à l'alinéa 1er la précaution suivante: "La durée de la détention avant jugement est limitée autant que possible."

Par conséquent, l'article 6 selon la version de la majorité de la commission est plus clair et plus condensé, et les propositions de minorité, aux yeux de la majorité, n'apportent rien de plus.

**Metzler** Ruth (, ): Artikel 6 Absatz 2: Ich habe durchaus Verständnis für den Antrag der Minderheit. Für den Bundesrat ist es aber auch ohne eine derartige Vorschrift selbstverständlich, dass namentlich im Rahmen von Jugendsanktionen Mädchenspezifische Anliegen berücksichtigt werden, zumal auch die Vollzugseinrichtungen meistens nach Geschlechtern getrennt sind. Zudem lässt sich dieses Postulat auch aus den allgemeinen Grundsätzen in Artikel 2 ableiten.

Artikel 6 Absatz 3: Der Ständerat wollte klarer und direkter sein und fügte deshalb in Absatz 1 einen entsprechenden Satz zur Untersuchungshaft an – dass diese möglichst kurz gehalten werden soll. Damit wird Absatz 3 nicht nur überflüssig, sondern erhält auch einen anderen Sinn. Er könnte jetzt dahin gehend interpretiert werden, dass ein beschleunigtes Verfahren generell, das heisst unabhängig von der Dauer der Untersuchungshaft, vorgeschrieben werden soll. Das ist aber weder die Meinung des Ständerates noch der Kommissionsmehrheit, weshalb Absatz 3 gestrichen werden sollte.

Ich bitte Sie daher, der Kommissionsmehrheit zu folgen und den Minderheitsantrag abzulehnen.

*Abs. 1 – Al. 1*  
*Angenommen – Adopté*

*Abs. 2 – Al. 2*

**Präsident** (Binder Max, zweiter Vizepräsident): Die Abstimmung gilt auch für Artikel 14 Absatz 1 und Artikel 26 Absatz 3.

*Abstimmung – Vote*  
Für den Antrag der Mehrheit .... 70 Stimmen  
Für den Antrag der Minderheit .... 44 Stimmen

*Abs. 3 – Al. 3*

*Abstimmung – Vote*  
Für den Antrag der Mehrheit .... 75 Stimmen  
Für den Antrag der Minderheit .... 45 Stimmen

**Art. 7**  
*Antrag der Kommission*  
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates  
*Proposition de la commission*  
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

**Art. 7bis**  
*Antrag der Kommission*  
*Abs. 1*

....

c. die Tatumstände im Wesentlichen geklärt sind;

....

*Abs. 2, 3*  
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 7bis***Proposition de la commission**Al. 1*

....

c. si les faits sont pour l'essentiel établis;

....

*Al. 2, 3*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**Thanei** Anita (S, ZH), für die Kommission: Eine wichtige Neuerung in diesem Gesetz ist die Einführung der Mediation. Ein grosser Teil unserer Kommission war gegenüber diesem neuen Institut vorerst sehr skeptisch eingestellt. Zu Fragen Anlass gaben die Dauer des Verfahrens, die Stellung des Opfers sowie die Erfolgsaussichten. Wir haben deshalb Hearings durchgeführt. Dabei liessen wir uns davon überzeugen, dass diesem Verfahren eine sehr gute, positive Wirkung zukommt. Durch die Konfrontation mit dem oder der Verletzten hat sich der Angeschuldigte mit dem angerichteten Schaden und mit der Person der oder des Geschädigten auseinander zu setzen, wodurch eine resozialisierungsfördernde Betroffenheit bewirkt werden kann.

Aufgrund der Hearings beantragen wir gegenüber der ständerätlichen Fassung eine kleine Änderung in Litera c. Gemäss der Version des Ständerates müsste ein Jugendlicher oder eine Jugendliche geständig sein, damit ein Mediationsverfahren möglich ist. Die Experten haben uns überzeugend auf die Problematik des Geständniszwanges aufmerksam gemacht. Denken Sie an einen typischen Jugendkonflikt: Ein Jugendlicher provoziert und beschimpft einen anderen. Dieser gibt ihm eine Ohrfeige, und es kommt zu einer Verletzung. Es wird schwierig sein, dem Täter beizubringen, dass es unrecht war zurückzuschlagen. Ein Geständnis ist für den nachträglichen Ausgleich nicht notwendig. Es genügt, dass der Jugendliche einsieht, überreagiert zu haben, und sich mit der Tat und dem Opfer auseinander setzt.

Zuletzt ist zu berücksichtigen, dass das eigentliche Strafverfahren zum Zwecke der Mediation eingestellt wird. Führt nun

AB 2002 N 131 / BO 2002 N 131

dieses Mediationsverfahren nicht zum gewünschten Erfolg, so muss es selbstverständlich wieder aufgenommen werden. Dannzumal ist die Untersuchung bzw. die Frage des Geständnisses wieder relevant.

**Eggly** Jacques-Simon (L, GE), pour la commission: Nous, les rapporteurs, l'avons déjà dit dans nos propos d'entrée en matière, c'est quelque chose de nouveau et d'intéressant que ce recours à la médiation. C'est cette idée, qui a été longuement discutée en commission, selon laquelle il y a, pour la resocialisation, un grand intérêt à ce que le mineur coupable d'un délit soit confronté à la victime. Dans cette confrontation, tout un processus de réinsertion a lieu. Cela a suscité de grandes discussions, mais finalement la commission a considéré que c'était une très bonne innovation. Dès lors qu'une procédure de médiation est engagée, la procédure pénale proprement dite est suspendue. Si la procédure de médiation échoue, la procédure pénale est reprise.

Au nom de la commission, je vous invite à adopter l'article 7bis tel qu'elle le propose.

Il y a une petite différence entre la proposition de la commission et la version décidée par le Conseil des Etats à l'article 7bis alinéa 1er lettre c. Le Conseil des Etats veut que le mineur délinquant passe aux aveux. Nous nous sommes rendu compte qu'il est parfois difficile de savoir quels doivent être les aveux. Lorsqu'il y a, notamment, un délit par "échauffement" – une bagarre par exemple –, il est inutile de vouloir pousser le mineur à avouer, cela peut le porter à en éprouver une humiliation. La confrontation avec la victime et la prise de conscience du mineur qu'il a mal réagi suffisent; c'est ainsi que la procédure de médiation peut être positive.

Au nom de la commission, je vous invite à adopter sa proposition à l'article 7bis alinéa 1er lettre c.

*Angenommen – Adopté***Art. 8***Antrag der Kommission**Abs. 1, 2*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Abs. 3*

Besteht ernsthafter Anlass, an ....



**Art. 8**

*Proposition de la commission*

*Al. 1, 2*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Al. 3*

S'il existe une raison sérieuse de douter de la santé ....

*Angenommen – Adopté*

**Art. 9**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

**Art. 10**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1*

*Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Minderheit*

(Thanei, de Dardel, Gross Jost, Jutzet, Marty Kälin, Ménétrety-Savary)

.... Behörde eine Strafe, sofern keine Massnahme angeordnet wird. Artikel 20 über die Strafbefreiung bleibt vorbehalten. Ist als Rechtsfolge eine Massnahme angeordnet worden, kann die urteilende Behörde zusätzlich eine Strafe verhängen, sofern der Jugendliche schuldhaft gehandelt hat.

*Abs. 2*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Antrag Ménétrety-Savary*

*Abs. 1bis*

Hat der Jugendliche zum ersten Mal eine leichte Straftat begangen und ist der Sachverhalt festgestellt, so kann die Untersuchungsbehörde im beschleunigten Verfahren eine Strafe auferlegen, sofern dabei die in den Artikeln 38 bis 40 dieses Gesetzes festgelegten Rechte des Jugendlichen gewahrt werden.

**Art. 10**

*Proposition de la commission*

*Al. 1*

*Majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Minorité*

(Thanei, de Dardel, Gross Jost, Jutzet, Marty Kälin, Ménétrety-Savary)

.... de jugement prononce une peine, pour autant qu'aucune mesure ne soit ordonnée. L'article 20 sur l'exemption de peine est réservé. Si une mesure est ordonnée comme sanction, l'autorité de jugement peut compléter la mesure par une autre peine, pour autant que le mineur ait agi de manière coupable.

*Al. 2*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Proposition Ménétrety-Savary*

*Al. 1bis*

Si le mineur a commis, de manière flagrante, un délit de peu de gravité, que les faits sont établis, et qu'il s'agit d'une première interpellation, l'autorité d'instruction peut appliquer une procédure accélérée et prononcer une



peine, pour autant que les droits du mineur, tels que définis aux articles 38 à 40 du présent code, soient respectés.

**Gross Jost** (S, TG): Ich möchte scherzhaft sagen, dass man merkt, dass wir alle aus dem Jugendstrafalter heraus sind, sonst hätten wir wahrscheinlich nicht so eine schlechte Präsenz bei den Abstimmungen wie beim letzten Antrag. Aber nun im Ernst: Artikel 10 möchte in der Fassung von Bundesrat und Ständerat vorsehen, dass bei einem Jugendlichen, der schuldhaft handelt, zwingend eine Strafe ausgesprochen werden muss, mit gewissen Einschränkungen. Diese Einschränkungen ergeben sich insbesondere aus der Möglichkeit der Strafbefreiung, allerdings unter sehr strengen Anforderungen in Artikel 20 Absatz 1 Litera a; vorbehalten ist auch noch Artikel 31 Absatz 2, wenn die Unterbringung zum Ziel führt.

Der Minderheitsantrag geht grundsätzlich auch von einem dualistischen System aus. Aber – und das ist sehr wichtig – das Prinzip "Erziehung vor Strafe", über das wir uns ja hier einig sein sollten, hat Vorrang. Ein schuldhaftes Handeln kann, muss aber gemäss Minderheitsauffassung neben der Massnahme nicht zwingend zu einer Strafe führen. Das führt auch dazu, dass eben der Ermessensspielraum der beurteilenden Behörde sehr viel grösser ist. Es kann viel besser auf die besonderen Umstände des konkreten Straffalles eingegangen werden. Es ist nicht einzusehen, warum der Automatismus "Zusätzliche oder zwingende Strafe" hier stattfinden soll.

Aus diesen Gründen ersuche ich Sie, der Minderheit zu folgen, weil sie Sinn und Geist der Vorlage insgesamt – eben dem Prinzip "Erziehung vor Strafe" – besser entspricht.

**de Dardel Jean-Nils** (S, GE): A l'article 10, la minorité Thanei et la majorité sont d'accord sur un point: si une mesure éducative ou thérapeutique ou de placement n'est pas adéquate, alors le juge doit prononcer une peine, à condition – et c'est ça qui est important – que l'enfant ou le jeune ait agi avec conscience et volonté.

AB 2002 N 132 / BO 2002 N 132

En revanche, la solution de la majorité est trop rigide lorsque le juge prononce une mesure. La majorité veut, en effet, obliger le juge à prononcer aussi une peine, en complément, sauf s'il y a des cas d'exemption de peine selon l'article 20. Le système de la majorité a le défaut de placer le juge dans une sorte de carcan. S'il souhaite n'infliger qu'une mesure, il est totalement lié par les exceptions prévues à l'article 20 et il ne peut pas déroger à ces exceptions.

La minorité Thanei veut au contraire donner une marge d'appréciation au juge et lui permettre de ne pas prononcer de peine, mais seulement une mesure dans les cas où les conditions de l'article 20 ne sont pas remplies. Avec la minorité, on rejoint davantage le système moniste actuel qui donne une grande priorité aux mesures éducatives et thérapeutiques sur les peines.

De manière générale, la priorité aux mesures éducatives a fait ses preuves et cette conception, qui donne satisfaction, nous amène à soutenir la proposition de minorité Thanei.

**Eggy Jacques-Simon** (L, GE), pour la commission: Aux yeux de la majorité de la commission, il y a comme une manière de minimiser, de banaliser, dans le choix qui est fait par la minorité. C'est un monisme de fait auquel on reviendrait avec la proposition de minorité parce que finalement, le juge, dès le moment où il ordonnerait une mesure ne prononcerait plus de peine. Aux yeux de la majorité, ce qu'il faut bien comprendre, c'est que le principe est que pour les mineurs, il doit y avoir une peine. A l'article 20, il y a toute la série des exceptions à la peine. Cette série est naturellement assez large. Il y a plusieurs lettres à l'alinéa 1er qui montrent dans quels cas il est possible de renoncer à prononcer une peine. Donc, on ne peut pas dire que la fenêtre ne soit pas assez largement ouverte.

Par conséquent, il faut savoir finalement, dans cette révision, si nous considérons qu'il y a un principe qui est celui de la peine avec des exceptions ou s'il n'y a pas ce principe. Aux yeux de la majorité, la minorité se rapproche trop du système moniste, dont précisément nous nous écartons.

C'est la raison pour laquelle, compte tenu que l'article 20 est une grande soupape de sûreté et donne la possibilité d'une application souple, la majorité de la commission vous propose de suivre sa proposition.

**Thanei Anita** (S, ZH), für die Kommission: Wir haben in der Eintretensdebatte darauf hingewiesen, dass eine Neuerung in dieser Vorlage der Übergang vom Monismus zum Dualismus sei. Jetzt geht es aber in Artikel 10 nicht nur um diese Frage, sondern die Mehrheit der Kommission verlangt, dass bei schuldhaftem Handeln eines Jugendlichen zwingend eine Strafe ausgefällt wird. Zusätzlich ist noch eine Massnahme möglich. Die Minderheit sieht auch die Möglichkeit einer Strafe und einer Massnahme vor, aber nicht die zwingende Ausfäll-





lung einer Strafe, das heisst, das System des Dualismus wird sowohl im Antrag der Mehrheit wie in jenem der Minderheit gewahrt.

Die Mehrheit der Kommission beruft sich in Bezug auf diese zwingende Strafe zum einen auf Artikel 20 über die Strafbefreiung, und zum anderen geht sie davon aus, dass vom Vollzug dieser Strafe abgesehen werden kann, wenn sich nach Vollzug der Massnahme erweist, die Strafe sei nicht mehr notwendig. Somit wird die Regelung, zwingend eine Strafe auszufällen, leicht entschärft.

Die Kommission beantragt Ihnen, der Mehrheit zu folgen. Ich persönlich werde meinen Minderheitsantrag unterstützen.

**Binder Max** (V, ZH): Das ist ja weiter nicht erstaunlich!

**Metzler Ruth** (, ): Der Antrag der Kommissionsminderheit ist entschieden abzulehnen, denn er hätte zur Folge, dass der Systemwechsel vom Monismus zum Dualismus nicht konsequent genug vollzogen würde. Sofern dem Jugendlichen nämlich ein Verschulden nachzuweisen ist und kein Strafbefreiungsgrund vorliegt, soll künftig wie im Erwachsenenstrafrecht immer eine Strafe ausgesprochen, wenn nötig aber zugunsten der Massnahme aufgeschoben werden. Stellt man in diesen Fällen die Kumulation von Strafe und Massnahme ins Ermessen der Urteilsbehörde, eröffnet sich die Möglichkeit rechtsungleicher Behandlung. Die Jugendlichen könnten von Fall zu Fall, ohne klare Kriterien, unterschiedlich behandelt werden, indem ihnen einmal alleine eine Massnahme und ein anderes Mal neben der Massnahme auch eine Strafe auferlegt würde.

Der vorliegende Entwurf bietet dem Jugendgericht bereits genügend Möglichkeiten, um Strafen und Massnahmen sinnvoll zu kombinieren und um zu vermeiden, dass die Kumulation der beiden Sanktionsarten den Jugendlichen unverhältnismässig belastet. Wo diese Gefahr am ehesten gegeben ist, nämlich beim Zusammenreffen von Freiheitsentzug und Unterbringung, verhindert bereits Artikel 31 des Entwurfs jede ungerechtfertigte Doppelbestrafung, denn nach dieser Bestimmung geht die Massnahme der Unterbringung der gleichzeitig ausgesprochenen und aufgeschobenen Freiheitsstrafe voraus, und die Freiheitsstrafe wird nicht mehr vollzogen, wenn die Massnahme der Unterbringung ihren Zweck erreicht hat.

Dem Anliegen kann mit den Bestimmungen, wie sie im Entwurf vorgesehen sind, bereits Rechnung getragen werden.

Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag der Mehrheit zu folgen.

**Ménétreay-Savary Anne-Catherine** (G, VD): Il s'agit ici d'introduire une procédure dite de flagrant délit.

Je signale que la traduction allemande de ma proposition n'est pas tout à fait correcte en ce sens que les mots "de manière flagrante" ne sont pas traduits, alors que c'est justement ce qui permet la compréhension de cette proposition.

Je voudrais ensuite m'excuser auprès des membres de la commission et auprès de vous de revenir avec des propositions individuelles. C'est le risque quand on diffère l'examen d'un objet: on n'arrive pas à s'abstenir de réfléchir et d'entendre les souhaits et les attentes qui viennent du terrain. Mais aussi, depuis que nous avons terminé en commission l'étude de ce projet, le projet de code de procédure pénale fédérale a été mis en consultation, et il est apparu qu'il ne répondait pas aux préoccupations que j'avais exprimées en commission. Ce que je demande avec cette proposition, c'est donc la possibilité pour le juge chargé de l'instruction de prononcer une peine sur-le-champ lorsqu'un mineur est pris sur le fait, qu'il ne peut donc pas nier son délit, que c'est la première fois qu'il est interpellé et qu'il s'agit d'un petit délit. Par exemple, pour un vol de vélomoteur – ou plutôt un "emprunt" de vélomoteur –, un joint, une bagarre, un petit vol dans une grande surface, il nous paraît qu'il n'y a pas lieu de mettre en branle tout un appareil judiciaire qui aboutira à une sanction une année plus tard, laquelle ne pourra pas être exécutée avant plusieurs mois encore.

La principale raison d'être de cette procédure accélérée, c'est donc bien qu'elle permet une réponse immédiate au comportement du mineur. Cette absence de délai entre le délit et la sanction est un facteur essentiel de prévention pour des cas tels que ceux que j'ai décrits. Plus la réponse est en rapport direct avec l'acte, plus elle a de signification pour l'auteur du délit, et plus il y a de chances qu'il l'accepte.

Je voudrais signaler encore que le terme de "peine" qui figure dans ma proposition est pris dans un sens large et n'est pas synonyme de peine de prison. C'est une sanction, une réponse; ça pourrait être une prestation personnelle.

J'ajoute que cette proposition constitue également une sorte de compensation à celle que je fais par ailleurs à l'article 38, qui vise à obliger les cantons à renoncer au système du juge unique compétent aux trois niveaux, de l'instruction, du jugement et de l'exécution des peines et mesures. En effet si le juge d'instruction dans la procédure normale n'a plus la compétence de juger les faits, il conserve avec les flagrants délits cette capacité d'intervention plus informelle, qu'on espère plus humaine et plus éducative.



Je ne cacherai pas que sur ce dernier point, je garde certaines craintes. Chers collègues, vous pouvez soutenir ma

AB 2002 N 133 / BO 2002 N 133

proposition les yeux fermés, car d'habitude ce n'est pas ma tendance de réclamer une justice plus expéditive! Mais je me rassure par le fait que la loi que nous discutons a déjà introduit des règles de procédure qui garantissent les droits des mineurs, notamment aux articles 38 à 40 auxquels renvoie ma proposition. La procédure de flagrant délit devrait bien entendu les respecter.

Je vous prie donc de soutenir ma proposition qui est une demande émanant des tribunaux des mineurs eux-mêmes.

**de Dardel** Jean-Nils (S, GE): Il s'agit donc d'une nouvelle proposition Ménétrety-Savary qui n'a pas été présentée en commission. Il est donc un peu difficile de donner une appréciation à chaud.

D'abord, il y a un premier élément. Nous considérons avec beaucoup de méfiance les procédures de flagrant délit. Selon l'expérience, les procédures de flagrant délit sont surtout faites pour le confort des juges et il n'est pas étonnant que Mme Ménétrety-Savary ait dit que c'étaient les tribunaux des mineurs qui demandaient cette institution. C'est évidemment plus facile pour un juge d'avoir une procédure qui est sommaire, rapide et qui donne moins de travail.

Ensuite, la procédure de flagrant délit implique immanquablement des restrictions aux droits de la défense. C'est comme ça!

Finalement, j'ai aussi un peu des doutes sur les vertus de la rapidité de la sanction. Ce n'est pas parce que la sanction est très rapide qu'elle est forcément plus juste. On peut penser exactement le contraire; ainsi, on peut penser que dans le feu de l'action, quand les faits reprochés au mineur sont très rapprochés dans le temps, il peut y avoir une émotion qui conduit à des sanctions exagérées.

Pour toutes ces raisons, je suis navré de dire à Mme Ménétrety-Savary que nous ne sommes pas convaincus par sa proposition. Nous pensons qu'elle donne trop de possibilités au juge et pas assez au mineur dans ses droits de se défendre. Donc, en l'état, nous ne pouvons pas la soutenir.

Nous vous recommandons de rejeter la proposition Ménétrety-Savary.

**Aeschbacher** Ruedi (E, ZH): Das Anliegen von Frau Ménétrety-Savary unterstütze ich inhaltlich und von der Sache her absolut. Unsere Strafjustiz leidet ohnehin daran, dass es in allzu vielen Fällen viel, viel zu lange geht, ehe eine Sanktion ergriffen wird. Dieser Einzelantrag hier ist ein guter, aber ein prozessualer Antrag. Als prozessualer Antrag gehört er nicht in dieses Gesetz, sondern in das Prozessrecht. Deshalb unterstütze ich hier diesen Antrag nicht; inhaltlich ist er aber richtig.

**Thanei** Anita (S, ZH), für die Kommission: Wie bereits meine Vorredner festgehalten haben, hatten wir in der Kommission keine Möglichkeit, über diesen Vorschlag zu diskutieren. Es handelt sich um einen interessanten Antrag und auch um eine sehr wichtige Frage. Ich bin der Meinung, dass wir dieses Thema im Rahmen der Revision des Jugendstrafprozessrechtes oder – besser gesagt – der Neufassung des Jugendstrafprozessrechtes behandeln sollten, weil es eine prozessuale Frage berührt – das zum Formellen.

Zum Inhalt doch noch zwei Bemerkungen: Auf die mangelhafte deutsche Übersetzung wurde bereits hingewiesen. Positiv an diesem Antrag ist sicher, dass damit das Verfahren beschleunigt werden kann. Ein rasches Verfahren entspricht grundsätzlich dem Gedanken des Jugendstrafrechtes. Erzieherische Wirkung kann nur ein Verfahren haben, welches relativ schnell als Reaktion auf ein verpöntes Verhalten folgt. Trotzdem habe ich zum Inhalt einige Vorbehalte: Was ist eine "leichte Straftat"? Dann fehlt das Erfordernis eines Geständnisses – auch wenn jemand in flagranti erwischt wird, genügt das nicht. Diese "In-flagranti-Schnellaburteilungen" widersprechen zudem grundsätzlich sämtlichen rechtsstaatlichen Vorschriften. Deshalb bin ich der Ansicht, dass noch Einiges überlegt werden muss.

Es kommt dazu, dass wir im Falle dieses Schnellverfahrens z. B. keine Möglichkeit für eine Mediation haben und die Gefahr besteht, dass Jugendliche übertölpelt werden. Ich denke, wir müssen das auch inhaltlich besser überprüfen. Ich weiss nicht, welches die Meinung der Kommission wäre.

Ich beantrage Ihnen jedoch, diesen Antrag abzulehnen.

**Eggy** Jacques-Simon (L, GE), pour la commission: Je suis toujours impressionné, je dirai même séduit, par le processus intellectuel et moral permanent de Mme Ménétrety-Savary, mais la commission comme telle n'a pas pu bénéficier de cette sorte de réflexion intérieure continue et permanente, puisque nous sommes saisis là, un peu au vol et, comme l'a dit M. de Dardel, "à chaud", de cette proposition.



J'ai cru comprendre en aparté que ça pose des problèmes tout simplement de compétences. Nous sommes dans une affaire de procédure qui est du ressort du canton. D'autre part, il y aura un code de procédure pénale fédérale, avec des projets. Vous y avez fait d'ailleurs allusion, Madame Ménétrety-Savary. Je crois qu'insérer d'un coup d'un seul cette idée de procédure spéciale pour le flagrant délit, ça ne va pas très bien. On ne peut pas faire ça comme cela. Pour le reste, sur le fond, contrairement à ce qui a été dit auparavant, il y a bien des choses en effet qui me séduisent dans l'argumentation, mais je crois que ça n'est pas possible d'introduire ce qui serait quand même une sorte de corps étranger dans la logique de la loi. On ne peut pas faire cela ainsi ici et comme cela.

C'est la raison pour laquelle je crois interpréter ce qui serait le sentiment de la commission en disant qu'il faut rejeter la proposition Ménétrety-Savary.

**Metzler** Ruth (, ): Es wurde bereits auf die beiden zentralen Punkte hingewiesen, weshalb der Antrag Ménétrety-Savary abzulehnen ist. Der eine ist die unklare und offene Formulierung: Was heisst das eigentlich, "de manière flagrante" eine leichte Straftat begehen? Der andere Punkt ist, dass wir es hier in der Tat mit einer strafprozessrechtlichen Frage zu tun haben. Diese sollte diskutiert werden, wenn es um das Strafprozessrecht geht. Es sollte nicht jetzt im Rahmen der heutigen Beratung den Kantonen eine Änderung aufgezwungen werden.

Ich bitte Sie also auch von meiner Seite, den Antrag Ménétrety-Savary abzulehnen.

*Abs. 1 – Al. 1*

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Mehrheit .... 82 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit .... 45 Stimmen

*Abs. 1bis – Al. 1bis*

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag Ménétrety-Savary .... 9 Stimmen

Dagegen .... 94 Stimmen

*Abs. 2 – Al. 2*

*Angenommen – Adopté*

## **Art. 11**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1*

.... elterlichen Sorge ....

*Abs. 2, 3*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

## **Art. 11**

*Proposition de la commission*

*Al. 1*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

(la modification ne concerne que le texte allemand)

*Al. 2, 3*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

AB 2002 N 134 / BO 2002 N 134

## **Art. 12**

*Antrag der Kommission*





*Abs. 1, 3, 4*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Abs. 2*

.... elterliche Sorge ....

**Art. 12**

*Proposition de la commission*

*Al. 1, 3, 4*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Al. 2*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

(la modification ne concerne que le texte allemand)

*Angenommen – Adopté*

**Art. 13**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1*

Leidet der Jugendliche unter psychischen Störungen oder ist er in seiner Persönlichkeitsentwicklung beeinträchtigt, ist er von Suchtstoffen oder in anderer Weise abhängig, so kann ....

*Abs. 2*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 13**

*Proposition de la commission*

*Al. 1*

Si le mineur souffre de troubles psychiques ou s'il présente un trouble du développement de sa personnalité, s'il est toxicodépendant ou qu'il souffre d'addiction, l'autorité de jugement ....

*Al. 2*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

**Art. 14**

*Antrag der Kommission*

*Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Minderheit*

(Thanei, de Dardel, Garbani, Jutzet, Ménétrey-Savary, Tillmanns, Vermot)

*Abs. 1*

.... zu leisten. Mädchen- und frauenspezifische Anliegen sind zu berücksichtigen.

*Abs. 2–4*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 14**

*Proposition de la commission*

*Majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Minorité*

(Thanei, de Dardel, Garbani, Jetzet, Ménétrey-Savary, Tillmanns, Vermot)

*Al. 1*

.... requise. Les intérêts spécifiques des jeunes filles et des femmes doivent être pris en compte.

*Al. 2–4*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats



*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit  
Adopté selon la proposition de la majorité*

**Art. 15–17**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

**Art. 18**

*Antrag der Kommission*

*Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Minderheit*

(Leuthard, Aeschbacher, Gutzwiller, Seiler, Thanei, Vallender)

*Abs. 1, 3*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Abs. 2*

Alle Massnahmen enden ....

**Art. 18**

*Proposition de la commission*

*Majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Minorité*

(Leuthard, Aeschbacher, Gutzwiller, Seiler, Thanei, Vallender)

*Al. 1, 3*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Al. 2*

Toutes les mesures prennent ....

**Leuthard** Doris (C, AG): Es geht in Artikel 18 um die Frage, wann eine Massnahme beendet wird. Bundesrat und Mehrheit der Kommission wollen die Aufsicht und die persönliche Betreuung als eigenständige Massnahmen mit der Mündigkeit beenden. Alle anderen Massnahmen sollen demgegenüber mit dem 22. Altersjahr enden.

Der Minderheitsantrag, der in der Kommission mit 8 zu 10 Stimmen nur knapp abgelehnt wurde, will alle Massnahmen generell mit dem 22. Altersjahr beenden. Er hat somit zum einen zum Ziel, alle Massnahmen gleich zu behandeln, und zum anderen ist er praxisbezogen. Wenn ein Jugendlicher eine Massnahme verordnet erhält, dann hat er ein Problem. Dieses Problem hört natürlich mit dem 18. Altersjahr nicht auf; es wird weitergehen. Deshalb macht es keinen Sinn zu sagen, die Massnahme sei beendet, nur weil der Jugendliche nun mündig ist. Die Betreuung Jugendlicher verhindert eben oft gerade, dass weiter gehende, meist teure Massnahmen ausgesprochen werden müssen. Es macht daher Sinn, dass die bisherige Betreuung weitergeht, bis sie eben keinen Sinn mehr macht, bis sie nicht mehr nötig ist. Diese Version ist auch ökonomischer, weil neu die Vormundschaftsbehörde zuständig wird, wenn der Jugendliche das 18. Altersjahr beendet hat. Diese muss sich neu mit diesem Fall beschäftigen, sie muss sich in das gesamte Dossier des Jugendlichen einarbeiten und dann via Vormundschaft die Massnahme neu anordnen. Es ist daher auch in diesem Sinne besser, die bisherige Massnahme weiterzuführen, bis sie nicht mehr nötig ist oder bis sie mit dem 22. Altersjahr beendet wird, wie dies bei allen anderen Massnahmen geregelt ist.

Den freiwilligen Verzicht eines Jugendlichen wird man nur in seltenen Fällen erhalten. Vielmehr wird er, wenn es nicht vom Gesetz her vorgeschrieben ist, natürlich den Weg des geringsten Widerstandes gehen.

Die Mehrheit der Kommission sagt, dass die Mündigkeit das Problem biete, dass die Eltern danach nicht mehr verpflichtet werden könnten, den Jugendlichen weiterzubetreuen. Dieses Argument erachte ich als sehr forma-



listisch und an der Realität vorbeigehend. Wenn eine Betreuung nötig ist, so darf es doch keine Rolle spielen, ob sie nun den Eltern oder einer Drittperson aufgebürdet wird. Weder ein Jugendanwalt noch eine Vormundschaftsbehörde wird die Betreuung durch Personen vornehmen lassen, die dies weder

**AB 2002 N 135 / BO 2002 N 135**

unterstützen noch wollen. Eltern bieten in der Regel die Garantie dafür, dass ihre Kinder auch nach der Mündigkeit weiterhin Kinder bleiben und sie die Verantwortung für deren Unterstützung in der Entwicklung weiter übernehmen.

Der Minderheitsantrag ist in diesem Sinne praxisgerecht. Er regelt den kontinuierlichen Weitergang der Betreuung des Jugendlichen, und er ist das einfachste Instrument, um ihn schlussendlich in gesicherte Bahnen zurückzuführen. Daneben ist er prozessökonomisch und wirtschaftlich sinnvoll.

Ich bitte Sie daher, die Minderheit zu unterstützen.

**de Dardel** Jean-Nils (S, GE): Nous avons eu une assez longue discussion en commission sur la proposition de minorité Leuthard. A notre avis, cette proposition souffre simplement d'un manque de cohérence, c'est-à-dire qu'elle ne respecte pas suffisamment la notion même de majorité. Il y a des mineurs et il y a des majeurs. La surveillance et l'assistance personnelle sont des mesures ou des sanctions qui impliquent nécessairement que la personne soit soumise à l'autorité parentale parce que c'est le parent qui exerce la surveillance ou l'assistance personnelle. Donc, il faut que celui qui subit cette mesure soit mineur. En conséquence, si l'on veut prolonger cette mesure au-delà de la minorité, c'est-à-dire lorsque le mineur devient majeur, alors il faut le consentement de la personne intéressée.

La minorité Leuthard essaie d'introduire dans la loi une espèce de statut intermédiaire entre mineur et majeur, une sorte de prolongation de la durée de l'autorité parentale. C'est quelque chose qu'il faut manifestement éviter. Au demeurant, la personne, quand elle est devenue majeure, aura souvent intérêt à consentir à la prolongation de la mesure de surveillance ou d'assistance personnelle parce que le juge pourra l'en convaincre. Il pourra l'en convaincre parce que, le cas échéant, si la personne refuse, une autre sanction plus grave pourrait être prise contre le jeune homme ou la jeune femme. Donc, il y a tout à fait possibilité d'obtenir un consentement – dans des conditions tout à fait raisonnables – de la part du jeune intéressé.

Donc, nous vous recommandons de rejeter la proposition de minorité.

**Aeschbacher** Ruedi (E, ZH): Ich möchte Sie einladen, den Minderheitsantrag zu unterstützen. Die Argumentation der Mehrheit gegen diesen Minderheitsantrag ist ausserordentlich formalistisch. Die Praxis sieht anders aus: Die Praxis zeigt, dass es gerade im Interesse der jugendlichen Täter liegt, wenn nicht mit 18 Jahren ein Bruch entsteht und wieder ein ganzes Verfahren mit neuen Leuten eingeleitet werden muss, sondern eine Massnahme über das 18. Altersjahr hinaus weitergeführt werden kann.

Ich bitte Sie, diesen praxisbezogenen, aber auch sehr im Interesse des jugendlichen Täters liegenden Antrag der Minderheit zu unterstützen.

**Thanei** Anita (S, ZH), für die Kommission: In diesem Artikel geht es um die wichtige Frage, was mit Massnahmen bei Erreichen des Mündigkeitsalters geschieht. Grundsätzlich bleiben alle bis zur Vollendung des 22. Altersjahres bestehen.

Die Mehrheit Ihrer Kommission ist der Ansicht, Aufsicht und persönliche Betreuung können nur so lange bestehen wie die elterliche Sorge, da es sich dabei um Erziehungsmassnahmen handelt. Eine Weiterführung dieser Massnahmen ist nach Meinung der Mehrheit nur möglich, wenn der oder die Betroffene damit einverstanden ist. Diese Meinung steht im Einklang mit den Artikeln 11 Absatz 3 und 12 Absatz 4, wonach Aufsicht und persönliche Betreuung nach Erreichen des Mündigkeitsalters nur mit Einverständnis des oder der Betroffenen angeordnet werden sollten. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass es ein Unterschied ist, ob eine solche Schutzmassnahme neu angeordnet wird oder ob eine bereits vor Erreichen des Mündigkeitsalters angeordnete Schutzmassnahme weitergeführt wird.

Eine starke Minderheit der Kommission beantragt, Aufsicht und persönliche Betreuung gleich zu behandeln wie die übrigen Massnahmen. Frau Leuthard hat überzeugend begründet, dass diese beiden Schutzmassnahmen grundsätzlich nicht von der elterlichen Sorge abhängig sind und es nicht darum geht, über diese Schutzmassnahmen dieses Institut zu verlängern.

Im Namen der Kommission beantrage ich Ihnen, der Mehrheit zu folgen. Ich selbst werde den Minderheitsantrag unterstützen.

**Eggy** Jacques-Simon (L, GE), pour la commission: Je me trouve dans une situation difficile parce que M. de



Dardel a parfaitement expliqué la logique de la majorité de la commission. Mais, qu'il m'en excuse personnellement, finalement, après réflexion, je suis sensible à l'argumentation de Mme Leuthard. Donc, à titre personnel, je suivrai la minorité.

Cela étant, M. de Dardel a très bien expliqué qu'il y a un manque de logique certain dans la proposition de minorité. En effet, on veut en fin de compte appliquer à des mineurs un traitement spécial alors que, normalement, ils devraient être traités comme des majeurs, donc donner leur consentement. Il est donc évident qu'en suivant la minorité Leuthard, on crée une catégorie et un traitement un peu spéciaux, en considération et en fonction de l'intérêt du mineur à continuer à être accompagné.

En somme, ce que je peux vous dire, c'est que si vous voulez respecter une logique des formes et une logique par rapport à l'ensemble de la conception, il faut évidemment suivre la proposition de la majorité de la commission. Si vous admettez qu'on est dans un cas spécial, il faut suivre la minorité.

Au nom de la majorité de la commission, je vous engage à soutenir sa proposition.

**de Dardel** Jean-Nils (S, GE): Monsieur Eggly, ne pensez-vous pas que les parents souvent, lorsque leur enfant dépasse l'âge de 18 ans, ont de la peine à se résoudre à ce que leur enfant devienne majeur? Est-ce que ce n'est pas ce même sentiment qui vous anime en ce moment?

**Eggly** Jacques-Simon (L, GE), pour la commission: Monsieur de Dardel, je dirai, au nom de la majorité, que vous avez tout à fait raison. A titre personnel, mes enfants restent toujours mes enfants. (*Hilarité*)

**Metzler** Ruth (, ): Die Massnahmen der Aufsicht und der persönlichen Betreuung dürften bei volljährigen jungen Menschen ohne deren Einsicht in die Notwendigkeit dieser Massnahmen kaum mehr durchführbar und daher auch wenig wirksam sein. Um Leerläufe zu verhindern, ist es deshalb richtig, diese Massnahmen nach Erreichung der Volljährigkeit der betroffenen Jugendlichen nur mit deren Zustimmung fortzusetzen. Deshalb erscheint mir in diesem Zusammenhang der Minderheitsantrag eben gerade nicht praxisgerecht. Hingegen – das möchte ich betonen – sollen die ambulante Behandlung oder die Unterbringung auch ohne Zustimmung des Jugendlichen bis zu seinem 22. Altersjahr andauern können, weil diese Massnahmen besser als die Aufsicht und die persönliche Betreuung durchgesetzt werden können und nicht direkt im Zusammenhang mit elterlichen Erziehungsbemühungen stehen.

Ich bitte Sie aus diesen Gründen, der Kommissionsmehrheit zu folgen und den Minderheitsantrag abzulehnen.

#### *Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Minderheit .... 86 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit .... 11 Stimmen

#### **Art. 19**

##### *Antrag der Kommission*

*Abs. 1, 3, 4*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Abs. 2*

....

c. .... Entziehung der elterlichen Sorge ....

AB 2002 N 136 / BO 2002 N 136

#### **Art. 19**

##### *Proposition de la commission*

*Al. 1, 3, 4*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Al. 2*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

(la modification ne concerne que le texte allemand)

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 20**





*Antrag der Kommission*

*Abs. 1*

*Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Minderheit*

(de Dardel, Garbani, Ménétrey-Savary, Thanei, Tillmanns)

....

d. der Jugendliche durch die Folgen seiner Tat ....

....

*Abs. 2*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Abs. 3*

.... zustande, stellt die urteilende Behörde das Verfahren definitiv ein.

**Art. 20**

*Proposition de la commission*

*Al. 1*

*Majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Minorité*

(de Dardel, Garbani, Ménétrey-Savary, Thanei, Tillmanns)

....

d. si le mineur a été atteint ....

....

*Al. 2*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Al. 3*

.... l'autorité de jugement classe définitivement la procédure.

**de Dardel** Jean-Nils (S, GE): A l'article 20, il s'agit des cas où le juge est obligé de ne pas prononcer de peine et où il doit prononcer une mesure thérapeutique, éducative ou une autre mesure. Ces cas sont énumérés et définis de manière limitative. Un de ces cas, à la lettre d, concerne le mineur qui aurait été "directement atteint par les conséquences de son acte", par les conséquences de son infraction.

Ce faisant, la majorité de la commission reprend le texte, sans le modifier, d'une formulation qui existe dans le droit pénal des adultes. Or, pour la minorité de la commission, il faut apprécier cette notion d'atteinte personnelle de manière plus souple pour les mineurs que pour les adultes afin d'élargir les cas où une seule mesure thérapeutique ou éducative, sans le prononcé d'une peine, est décidée. Ainsi, à la suite de l'arrestation de son enfant, la mère de celui-ci peut tomber malade de manière grave, par exemple dans une grave dépression; dans un cas plus tragique, on pourrait imaginer que cette mère se suicide. Ce sont des cas extrêmes, mais ces exceptions légales sont des cas extrêmes. Donc, le juge doit pouvoir prononcer, dans un tel cas, une mesure sans aucune peine supplémentaire, même s'il s'agit d'un préjudice indirect pour l'enfant.

Ce préjudice indirect n'est pas pris en considération par la solution de la majorité. On peut concevoir d'autres exemples peut-être un peu moins tragiques, mais très sérieux. Par exemple, le parent d'un enfant arrêté peut avoir des ennuis professionnels. Il peut être victime d'une campagne de calomnies et de diffamation menée par son entourage, par les voisins, par la presse. Donc, il peut y avoir des dommages indirects sur une famille quand un délit est commis par un mineur. Et ces circonstances très graves, qui sont indirectes, doivent pouvoir être prises en considération pour ne pas prononcer de peine, mais seulement une mesure. Je crois que c'est quelque chose qui a malheureusement échappé à la majorité de la commission, qui s'est simplement limitée de manière très formelle au texte du droit pénal des adultes.

**Thanei** Anita (S, ZH), für die Kommission: In diesem Artikel geht es um die Strafbefreiung. In Litera d ist vorgesehen, dass von einer Bestrafung abgesehen wird, falls "der Jugendliche durch die unmittelbaren Folgen seiner Tat so schwer betroffen ist, dass eine Strafe unangemessen wäre". Herr de Dardel hat sehr überzeugend Ausführungen zur Unterscheidung zwischen den unmittelbaren und den mittelbaren Folgen gemäss Minderheit





gemacht. Als unmittelbare Folgen sind beispielsweise Verletzungen von nahen Personen zu qualifizieren, welche durch die Tat direkt verursacht werden, oder wenn ein Jugendlicher irgendwo eine Brandstiftung begeht und ein Teil seines Hab und Gutes dabei verbrennt. Das wären die unmittelbaren Folgen. Die Mehrheit der Kommission ist der Ansicht, dass es genügt, die Strafbefreiung auf die Tatbestände der unmittelbaren Folgen zu beschränken.

Eine Minderheit will diesen Begriff weiter fassen und sämtliche Folgen einer Tat mitberücksichtigen, so beispielsweise gesundheitliche Folgen in der Familie oder allenfalls auch finanzielle Folgen.

Die Mehrheit beantragt Ihnen, bei den unmittelbaren Folgen zu bleiben.

**Eggy** Jacques-Simon (L, GE), pour la commission: Non, Monsieur de Dardel, je crois que rien n'a échappé à la majorité de la commission! Nous voyons bien la différence. Les cas que vous avez évoqués sont en effet tout à fait intéressants, et j'y suis sensible. Mais, enfin, à un moment donné, il faut bien définir ce qu'est l'atteinte directe de l'enfant ou du mineur. Je crois qu'on ne peut pas, comme ça, de manière sensible, commencer à élargir la définition de ce qu'on pourrait appeler les atteintes personnelles que le mineur ou son entourage aurait subies – ça peut être la petite amie qui se suicide ou Dieu sait quoi, ça peut être aussi grave que la mère –, car on ne sait pas où l'on s'arrête. Donc, finalement, il y a quand même quelque chose de flou. Le fait de préciser que c'est "si le mineur a été directement atteint par les conséquences de son acte" que la peine doit être considérée comme inappropriée, est quelque chose de précis. Je crois que cela ne signifie pas être trop sévère, c'est tout simplement être précis et en relation directe avec la personne et avec l'acte commis. Au nom de la majorité de la commission, je vous invite à adhérer à la décision du Conseil des Etats.

**Metzler** Ruth (, ): Die von der Kommissionsmehrheit unterstützte Formulierung von Bundesrat und Ständerat ist identisch mit der Formulierung in Artikel 54 des Entwurfes zur Revision des Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches. Diese Formulierung wurde wiederum aus Artikel 66bis des geltenden Strafgesetzbuches übernommen. Von dieser Übereinstimmung sollte nicht ohne triftige Gründe abgewichen werden. Ich sehe keine zwingenden Gründe, weshalb in diesem Punkt für Jugendliche künftig etwas anderes gelten soll als für erwachsene Täter. Zu diesem Schluss komme ich insbesondere auch deshalb, weil für die Jugendlichen noch verschiedene andere Strafbefreiungsgründe und neuerdings auch die Möglichkeit der Mediation vorgesehen sind.

Deshalb bitte ich Sie, dem Antrag der Mehrheit zu folgen und denjenigen der Minderheit abzulehnen.

*Abs. 1 – Al. 1*

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Mehrheit .... 60 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit .... 28 Stimmen

AB 2002 N 137 / BO 2002 N 137

*Abs. 2, 3 – Al. 2, 3*

*Angenommen – Adopté*

## **Art. 21**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Abs. 2*

.... Probezeit von sechs Monaten bis zu zwei Jahren und damit verbunden Weisungen auferlegen .... Tat oder missachtet er die Weisungen, kann die urteilende Behörde eine andere Strafe als einen Verweis verhängen.

## **Art. 21**

*Proposition de la commission*

*Al. 1*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Al. 2*





.... un délai d'épreuve de six mois à deux ans assorti de règles de conduite. Si, pendant le délai d'épreuve, le mineur commet de manière coupable un acte punissable ou ne se conforme pas aux règles de conduite, l'autorité de jugement peut prononcer une peine autre que la réprimande.

*Angenommen – Adopté*

**Art. 22**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1*

.... Geschädigten mit deren Zustimmung verpflichtet ....

*Abs. 2, 4, 5*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Abs. 3*

*Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Minderheit*

(Ménétrety-Savary, de Dardel, Garbani, Thanei, Tillmanns)

.... drei Monaten angeordnet werden. (Rest des Absatzes streichen)

**Art. 22**

*Proposition de la commission*

*Al. 1*

.... d'aide ou du lésé, à condition que le bénéficiaire de la prestation personnelle donne son consentement. La prestation ....

*Al. 2, 4, 5*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Al. 3*

*Majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Minorité*

(Ménétrety-Savary, de Dardel, Garbani, Thanei, Tillmanns)

.... jusqu'à trois mois. (Biffer le reste de l'alinéa)

**Ménétrety-Savary** Anne-Catherine (G, VD): La rédaction de l'alinéa 3 de cet article amène une certaine ambiguïté qui devrait être levée. On dit en effet que la prestation personnelle d'une durée jusqu'à trois mois pourrait "être assortie d'une obligation de résidence". Or, on ne voit pas très bien à quoi correspond cette assignation à résidence. Dans son message, le Conseil fédéral estime que l'obligation de résidence ne serait pas une sanction ni une peine privative de liberté, mais une clause simplement pratique quand la prestation se déroule loin du domicile du mineur. Le message (p. 267) ajoute: "Il convient .... d'exclure la prestation en faveur de particuliers-tiers qui peut conduire à des abus." Toutefois, le Conseil fédéral ajoute plus loin que cette mesure pourrait remplacer la prison. A mon avis, c'est clair que ce n'est pas clair!

Pour le juge des mineurs Zermatten, c'est cette dernière version qui semble l'emporter puisqu'il dit: "Le mineur réside dans une famille de paysans, par exemple sur un alpage ou dans un camp de jeunes." A l'opposé, un autre juge des mineurs, le fribourgeois Lachat, se demande si cette obligation de résidence "n'ouvre pas la porte à des abus tels que des camps de travail non tolérés par la Convention internationale relative aux droits de l'enfant".

Pour dissiper toute ambiguïté sur ce point et prévenir ce risque d'abus, nous vous proposons de ne pas parler d'"obligation de résidence". Nous ne gardons ainsi que le côté pratique, soit la possibilité de résider ailleurs que chez les parents pour accomplir une prestation personnelle, mais sans que cela puisse être interprété comme une substitution de la prison.

Je vous prie donc de soutenir la proposition de minorité.

**Garbani** Valérie (S, NE): Le groupe socialiste soutient la proposition de minorité Ménétrety-Savary qui vise donc à refuser le cumul de la condamnation à fournir une prestation personnelle à une obligation de résidence. En



effet, nous craignons que ce cumul conduise à l'instauration d'une double peine, soit être analogue à une peine privative de liberté en semi-liberté.

La proposition de la majorité de la commission va au-delà d'une conséquence pratique. On peut comprendre que cela soit plus commode pour un jeune qui est placé loin de son domicile de séjourner dans un lieu proche du lieu où il doit effectuer sa prestation personnelle. Oui, mais cela doit relever de son libre arbitre, de sa volonté, de son choix et non devenir une obligation, une sorte de peine additionnelle.

De plus, il nous apparaît que supprimer cette obligation ne peut avoir que des effets positifs par rapport au caractère éducatif de la peine. Le jeune se responsabilise davantage en choisissant de se trouver à l'heure au lieu où il doit effectuer sa prestation personnelle. Une obligation serait contraire au principe qui dicte cette révision du droit pénal des mineurs, c'est-à-dire l'éducation, puisqu'on introduirait un nouvel élément punitif, et cela, ainsi que l'a relevé Mme Ménétreay-Savary, sans compter le fait que cette obligation pourrait conduire à des abus, puisque le jeune à proximité de son "employeur" risquerait de devenir une main-d'oeuvre corvéable, flexible et gratuite.

Pour ces motifs, je vous invite à soutenir la proposition de minorité Ménétreay-Savary.

**Thanei** Anita (S, ZH), für die Kommission: Gemäss Artikel 22 kann ein Jugendlicher zu einer persönlichen Leistung verpflichtet werden. Hat er oder sie bereits das 15. Altersjahr vollendet, ist eine entsprechende Verpflichtung für die Dauer von drei Monaten möglich.

Die Mehrheit der Kommission ist dafür, dass mit dieser persönlichen Leistung ein Ortszwang verbunden werden kann. Ich möchte darauf hinweisen, dass es sich um eine Kann- und keine Muss-Vorschrift handelt. Die Mehrheit der Kommission ist der Ansicht, dass es in bestimmten Konstellationen von Jugendkriminalität heilsam sein kann, wenn ein Jugendlicher oder eine Jugendliche für eine gewisse Zeit nicht mit anderen, z. B. mit früheren Bandenkollegen, in Kontakt tritt.

Die Minderheit will diesen Ortszwang aufheben. Ich möchte noch auf eine Schwäche der Mehrheitsfassung hinweisen: Es ist nur von einem Ortszwang die Rede und nicht auch von der Möglichkeit, einem Jugendlichen oder einer Jugendlichen zu verbieten, sich an einem bestimmten Ort aufzuhalten. Das ginge wesentlich weniger weit als ein Ortszwang.

**Eggy** Jacques-Simon (L, GE), pour la commission: Je vous rappelle qu'il s'agit du droit des mineurs. Par conséquent, il faut quand même considérer qu'à un moment donné la prestation personnelle qui est décidée, est une obligation à laquelle peut être astreint le mineur et qu'il faut qu'elle ait un sens. Il faut qu'elle ait un sens et un contexte, un contexte géographique et un contexte, je dirai, psychologique. Alors, il peut arriver – c'est potestatif – que, par rapport à la nature de la prestation personnelle, au lieu où elle doit être

AB 2002 N 138 / BO 2002 N 138

accomplie, en regard aussi de la nécessité, peut-être, de couper un lien trop étroit et pas tout à fait sain avec un milieu naturel pendant ce passage vers une réinsertion, il y ait lieu de décider d'une obligation de résidence dans un endroit donné, en général près de l'endroit où a lieu la prestation personnelle.

Je crois que c'est dans la logique des mesures qui sont à ordonner – puisque justement ici, on est dans un cas de substitution à la peine proprement dite –, et je pense que la version du Conseil des Etats, que la majorité de la commission vous propose de suivre, n'est pas du tout abusive, qu'elle s'inscrit dans l'esprit d'un droit pénal des mineurs.

Je vous demande donc de soutenir la proposition de la majorité.

**Metzler** Ruth (, ): Ich möchte zur Unterstützung der Mehrheit noch ein paar ergänzende Bemerkungen machen. Namentlich längere Arbeitseinsätze, wie z. B. die Sanierung von Wanderwegen oder die Behebung von Sturmschäden, sind gezwungenermassen an Orte gebunden, die unter Umständen in einiger Distanz zum Wohnort des Jugendlichen liegen. Schon aus praktischen Erwägungen ist es deshalb notwendig und sinnvoll, den Jugendlichen verpflichten zu können, sich für die Dauer der Sanktion auch während der Ruhe- und Freizeit am Ort des Arbeitseinsatzes aufzuhalten. Das schränkt das elterliche Sorgerecht zusätzlich ein, weshalb eine klare Gesetzesgrundlage eben notwendig ist. Diese zusätzliche Freiheitsbeschränkung kann aber auch aus pädagogischen Erwägungen notwendig sein. Bei schwierigen Jugendlichen, gegen die der Richter sonst einen Freiheitsentzug anordnen würde, macht sie die Sanktion der Arbeitsleistung erst möglich.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, die Mehrheit zu unterstützen.

*Abs. 1, 2, 4, 5 – Al. 1, 2, 4, 5*

*Angenommen – Adopté*





*Abs. 3 – Al. 3*

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Mehrheit .... 67 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit .... 36 Stimmen

**Art. 23**

*Antrag der Kommission*

*Mehrheit*

*Abs. 1–4*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Abs. 5*

.... gesetzten Frist und wurden ihm bereits Fristerstreckungen nach Absatz 2 gewährt, wandelt die urteilende Behörde die Busse in Freiheitsentzug bis ....

*Minderheit I*

(Ménétrety-Savary, de Dardel, Tillmanns)

Streichen

*Minderheit II*

(Aeschbacher, Baumann J. Alexander, Bosshard, Seiler, Stamm, Vallender)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 23**

*Proposition de la commission*

*Majorité*

*Al. 1–4*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Al. 5*

.... imparti et que des prolongations de délai selon l'alinéa 2 lui ont déjà été accordées, l'autorité de jugement convertit l'amende en privation de liberté ....

*Minorité I*

(Ménétrety-Savary, de Dardel, Tillmanns)

Biffer

*Minorité II*

(Aeschbacher, Baumann J. Alexander, Bosshard, Seiler, Stamm, Vallender)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**Ménétrety-Savary** Anne-Catherine (G, VD): Je viens là avec l'espoir que, cette fois, je serai mieux entendue. C'est probablement difficile, car avec cette proposition, manifestement, la minorité va à contresens de ce qui se fait, de ce qui s'est toujours fait, de ce qui se fera encore et de ce qui, apparemment, ne se discute même pas. En proposant de renoncer à infliger des amendes aux mineurs, j'ai tenté de poser une question à laquelle au fond personne n'a répondu, ni dans le message, ni au Conseil des Etats, ni dans notre commission. L'opportunité de cette sanction n'a été ni examinée ni véritablement débattue dans le fond. Heureusement que j'ai quand même trouvé des appuis auprès de certains collègues, ce qui me permet de parler ici avec conviction.

En discutant avec des juges des mineurs, je n'ai pas reçu davantage d'arguments, mais j'ai compris qu'ils apprécient de pouvoir infliger une sanction de ce type simplement parce que c'est pratique, et parce qu'on ne sait pas toujours quelle autre punition on peut choisir. Je continue donc à penser que c'est une très mauvaise idée, et ceci pour les raisons suivantes.

Le message du Conseil fédéral fait valoir qu'à partir de 15 ans, un jeune peut travailler et qu'il a donc un petit revenu qui le rend apte à payer une amende. Je voudrais souligner que si c'est le cas, c'est que ce jeune homme ou cette jeune fille n'est pas en train de suivre une formation, ce qui est extrêmement regrettable, ou alors il fait un apprentissage, mais dans ce cas, il ne dispose pas véritablement d'un grand salaire pour payer



des amendes. On sait, et on ne cesse de le déplorer, qu'environ 10 pour cent des jeunes entrent dans la vie active sans formation. Or, ce sont précisément ces jeunes qui risquent de se retrouver devant un juge des mineurs, des jeunes immigrés, des enfants de clandestins. Si leur dette, pour un certain nombre d'entre eux, est déjà lourde avant 18 ans, comment vont-ils préparer leur avenir?

De plus, l'article dit bien que le juge tient compte de la situation personnelle du mineur. Cela signifie qu'un étudiant qui n'a pas de revenu n'aura pas non plus d'amende. C'est une inégalité de traitement en faveur des jeunes les plus privilégiés au détriment de ceux qui sont déjà au travail avant 18 ans. On peut remarquer encore que le Conseil fédéral a renoncé au système du jour-amende pour remplacer la prison, comme pour les adultes, en expliquant que c'est précisément parce que les jeunes ont peu d'argent.

Enfin, j'ai des doutes sur la valeur pédagogique ou préventive de cette sanction. Je n'ai pas de statistiques à disposition, mais j'imagine que dans la plupart des cas ce sont les parents qui paient l'amende. Peut-être aussi qu'ils la méritent! Mais là n'est pas la question. J'imagine en tout cas que cela n'améliore pas leurs bonnes dispositions vis-à-vis de leur enfant, et pas non plus vis-à-vis de la justice. La relation d'un jeune, d'un adulte aussi, à l'argent est quelque chose de compliqué, mais je trouve juste qu'un mineur apprenne le prix des choses. Si, réellement, il a de l'argent à disposition, nous trouvons juste aussi qu'il l'utilise pour réparer les dégâts qu'il a causés. Mais verser de l'argent à l'Etat, aux yeux des mineurs, ce n'est pas une réparation; c'est juste un embêtement, une injustice de plus, voire une escroquerie officielle.

C'est pour toutes ces raisons que nous vous demandons de renoncer au système de l'amende quand il s'agit de mineurs.

**Aeschbacher** Ruedi (E, ZH): In dieser Debatte des halb leeren Saals haben die Minderheitsanträge gewisse Probleme. Aber sie kommen immerhin ins Amtliche Bulletin und können dann dem Ständerat bei der Differenzbereinigung dienen.

Zu meinem Minderheitsantrag: Wie schon das bisherige Recht sieht auch das neue Gesetz in Artikel 23 als eine der Sanktionen die Busse vor, aber nur für Jugendliche über

AB 2002 N 139 / BO 2002 N 139

15 Jahren und bis zu einem maximalen Bussenbetrag von 2000 Franken. Das steht in Absatz 1.

Schauen wir uns doch einmal ganz konkret an, wie das abläuft, wenn der Jugendrichter eine Busse für einen über 15 Jahre alten Jugendlichen aussprechen will. Zuerst muss er einmal die Höhe der Busse festsetzen. Er hat dabei die persönlichen Verhältnisse des Jugendlichen zu berücksichtigen. Das heisst nichts anderes, als dass er schaut, wie die Einkommens- und Vermögensverhältnisse sind und welche allfälligen Verpflichtungen, Aufwendungen usw. der Jugendliche hat. Er setzt die Busse also so fest, dass der Jugendliche diese auch bezahlen kann.

Dann hat die Vollzugsbehörde die Zahlungsfrist festzusetzen; das steht in Absatz 2. Es ist auch da eine Selbstverständlichkeit, dass die konkreten Verhältnisse des betroffenen Jugendlichen dabei berücksichtigt werden. Bei einem Jugendlichen, der die Begleichung einer Busse beispielsweise von seinem Lehrlingslohn ab- und zusammensparen muss, werden wohl Teilzahlungen oder sicher eine deutlich längere Zahlungsfrist festgesetzt als bei einem Jugendlichen, der – aus welchen Gründen auch immer – schon ein paar Tausend Franken auf der Bank hat. Gemäss Absatz 2 kann die Vollzugsbehörde aber auch noch Erstreckungen der Zahlungsfrist oder Teilzahlungen gewähren.

Erstes Fazit: Dadurch, dass bei der Bemessung der Höhe der Busse und ebenso bei der Ansetzung der Zahlungsfrist intensiv auf den einzelnen konkreten Fall eingegangen wird, ist bereits grösste Gewähr dafür geboten, dass von den Jugendlichen nichts Unmögliches, nichts Ungehöriges verlangt wird, wenn sie zu einer Busse verknurrt werden.

In Absatz 5, um den es hier geht, wird bestimmt, dass die Busse in Freiheitsentzug umgewandelt werden soll, wenn sie der Jugendliche innert der ihm gesetzten Frist nicht bezahlt. Hier nun die Differenz: Die Mehrheit der Kommission möchte diese Umwandlung erst zulassen, wenn den Jugendlichen zuvor Fristerstreckungen nach Absatz 2 gewährt worden sind. Demgegenüber möchte unser Minderheitsantrag bei der Fassung von Bundes- und Ständerat bleiben, wonach es nicht noch obligatorische Fristerstreckungen braucht, ehe die Umwandlung vollzogen werden kann. Die Fassung Bundesrat und Ständerat hat einen stimmigen Aufbau, nimmt auch Rücksicht auf die Verhältnisse des Jugendlichen und vermeidet unnötige Leerläufe.

Gehen wir noch einmal zum Beispiel zurück: Der zu einer Busse verknurrt Jugendliche schert sich einen Deut um die ihm auferlegte Busse, oder es passt ihm einfach nicht, von seinem Konto ein paar Hundert Franken abzuheben und der Jugendanwaltschaft zu überweisen, obwohl ihm dies problemlos möglich wäre. Was passiert? Ginge es nach der Kommissionsmehrheit, könnte der Jugendantwalt auch bei einem solch renitenten



Jugendlichen noch keine Umwandlung der Busse in Freiheitsentzug vornehmen. Vielmehr müsste er dem Jugendlichen zuerst noch Fristerstreckungen – Sie hören richtig: Plural! – für die Bezahlung der Busse gewähren und damit eine oder mehrere völlig unnötige und unverständliche Leerlaufstunden drehen. Fazit: Es resultiert ein völlig kraftloser Vollzug. Viel unnötiger administrativer Leerlauf beschäftigt nutzlos die Jugendbehörde, die Besseres zu tun hätte.

Die Fassung der Kommissionsmehrheit, ich habe es angedeutet, hat einen weiteren gravierenden Mangel. Diese will – lesen Sie gut – nicht nur eine einzige obligatorische Fristerstreckung vor der Umwandlung einer Busse in Freiheitsentzug, sondern sogar Fristerstreckungen, also mindestens deren zwei. Die Leute, die sich mit einem solchen Gesetz konfrontiert sehen und es vollziehen müssen, würden die Welt ja nicht mehr verstehen, müssten sie diese Fristerstreckung nochmals, mehrmals also, gewähren.

Die Kommissionsmehrheit soll ja nicht gegen diese Betrachtungsweise einwenden, unter "Fristerstreckungen" könne auch nur eine einzige Erstreckung gemeint sein. Hätte die Kommissionsmehrheit dies gewollt, so hätte sie ganz klar anders formulieren müssen, nämlich beispielsweise so: "... und wurden ihm bereits eine oder mehrere Fristerstreckungen gewährt ...." Eine solche Formulierung hat sie nicht gewählt; der Wortlaut ihres Textes ist eindeutig, Fristerstreckungen ist ein Plural.

Das führt dazu, dass vom Jugendrichter und von den Leuten, die zum Vollzug kommen, unzumutbare Runden gedreht werden müssen. Ich bitte Sie daher, dem Antrag einer relativ starken Minderheit zu entsprechen.

**Garbani Valérie (S, NE):** Le groupe socialiste soutient la proposition de minorité Ménétrey-Savary.

On a coutume de reprocher à la jeune génération actuelle de vivre pour consommer. Dans une société fondée sur le paraître, dans une société qui qualifie ses membres par rapport à leur réussite sociale, dans une société au sein de laquelle les signes extérieurs de richesse sont de posséder un vêtement, une voiture, du mobilier frappés d'un logo à la mode, dans une société de consommation, le maintien de l'amende comme peine dans le droit pénal des mineurs ne fait que renforcer l'idée et le sentiment auprès de la jeunesse que tout est à vendre et que tout est à acheter et, dès lors, qu'on peut racheter ses fautes avec quelques billets.

Le maintien de l'amende renforce aussi les inégalités qui prévalent déjà dans cette société de consommation. Les jeunes issus de familles modestes, les jeunes qui doivent payer leurs études en travaillant, les jeunes qui ont choisi ou à qui on a imposé très tôt leur émancipation du cocon familial, et qui doivent donc vivre avec leur maigre paye d'apprentis, n'ont pas les moyens de se plier aux contraintes d'honorabilité et de respectabilité exigées par cette société de consommation. Ils sont inégaux devant cette société, car ils n'ont pas les moyens financiers d'adopter un look à plusieurs centaines de francs.

En maintenant le système de l'amende, et je fais un parallèle avec la société de consommation, on avalise cette inégalité et cette marginalisation. On avalise un modèle de société fondée sur le pouvoir de l'argent. Or, c'est précisément ce modèle de société qui incite certains jeunes à commettre des délits, en particulier des délits contre le patrimoine, éventuellement cumulés avec des atteintes à l'intégrité physique d'autrui.

Dès lors, une politique cohérente de prévention, un droit pénal des mineurs cohérent, appellent la suppression de l'amende et donc le soutien à la proposition de minorité Ménétrey-Savary.

**Thanei Anita (S, ZH),** für die Kommission: In den Artikeln 20 bis 24 sind die möglichen Strafen im Jugendstrafrecht geregelt. Eine davon ist die Busse, und zwar ab Vollendung des 15. Altersjahres. Ich möchte darauf hinweisen, dass das nur eine mögliche und nicht die einzige Strafe ist. Das heisst: Der zuständige Richter oder die zuständige Richterin hat die Möglichkeit, unter mehreren Strafen auszuwählen und individuell, je nach "Strafbedürfnis", wenn man das so ausdrücken kann, die passendste Strafe auszusprechen.

Die Kommissionsmehrheit will, dass eine Busse als Strafe möglich ist. Für einige Jugendliche stellt eine Busse eine Strafe mit Konsequenz dar und entfaltet somit auch die notwendige erzieherische Wirkung. In Absatz 2 ist festgehalten, dass bei der Festsetzung der Busse die persönlichen Verhältnisse der Jugendlichen zu berücksichtigen sind. Es stimmt deshalb nicht, dass es sich um eine Ungleichbehandlung von Lehrlingen und Studierenden handelt. Kein Jugendstrafrichter und keine Jugendstrafrichterin wird eine Busse ausfällen und damit einen Jugendlichen oder eine Jugendliche zum Schuldenmachen zwingen, weil man eben die persönlichen Verhältnisse berücksichtigen muss. Wenn jemand über kein Geld verfügt, wird keine Busse ausgesprochen.

Ich möchte auch auf die Absätze 3 und 4 hinweisen. In Absatz 3 wird den Jugendlichen die Möglichkeit gegeben, eine Busse ganz oder teilweise in eine persönliche Leistung umwandeln zu lassen. In Absatz 4 ist vorgesehen, dass bei nachträglichen Änderungen der Verhältnisse – hier sind vor allem die finanziellen Verhältnisse gemeint – eine Busse herabgesetzt oder allenfalls auch aufgehoben werden kann.

Ich bitte Sie, der Mehrheit zu folgen.



## AB 2002 N 140 / BO 2002 N 140

Ich mache es nicht gerne, aber ich möchte Frau Garbani darauf hinweisen, dass nicht die gesamte SP-Fraktion die Minderheit Ménétrety-Savary unterstützt.

Noch zum Antrag der Minderheit Aeschbacher: Hier bitte ich Sie auch, die Mehrheit zu unterstützen. Es geht um die Frage, welches die Konsequenzen sind, wenn ein Jugendlicher oder eine Jugendliche die Busse nicht bezahlt. Es geht nicht um einen administrativen Leerlauf. Das Verfassen eines Mahnschreibens wird die Jugendstrafbehörde nicht über Gebühr beschäftigen. Es geht auch hier darum, dass man den Jugendlichen oder die Jugendliche nicht unnötig strapazieren will. Wenn aus irgendwelchen Gründen eine Busse nicht fristgerecht bezahlt wird und die gebüsste Person selbst kein Fristerstreckungsbegehren stellt, muss von Amtes wegen eine Nachfrist gesetzt werden, bevor eine solche Busse in eine Freiheitsstrafe umgewandelt wird. Auch entspricht es dem Schutzgedanken und Zweck des Jugendstrafrechtes, die Umwandlung einer Busse in einen Freiheitsentzug wenn möglich zu vermeiden. Ich möchte – auch nach den Ausführungen von Herrn Aeschbacher – klar darauf hinweisen, dass die Vollzugsbehörde die freiwilligen Fristerstreckungen nach Absatz 2 gewähren kann oder auch nicht. Gerade ein Jugendlicher, der bei der Bussenzahlung säumig ist, wird allenfalls ein solches Fristerstreckungsgesuch nicht stellen. In solchen Fällen scheint es der Mehrheit der Kommission sinnvoll, dass Fristerstreckungen von Amtes wegen gewährt werden.

Ich bitte Sie deshalb, der Mehrheit zu folgen.

**Eggy Jacques-Simon** (L, GE), pour la commission: Mme Garbani aurait dû garder pour des occasions plus extraordinaires et plus spectaculaires son vibrant discours sur l'inégalité. En effet, l'article 23 prévoit la possibilité d'infliger une amende. Il est vrai que dans toutes sortes de cas, on a des délits qui sont sanctionnés par des amendes et, évidemment, l'amende n'est pas du même poids pour les uns ou pour les autres. Et alors, où allons-nous si nous commençons à entrer dans cette dialectique?

Mais surtout, Madame Garbani, la majorité de la commission vous fait remarquer, comme l'a fait tout à l'heure Mme Thanei, que les alinéas 2, 3 et 4 mettent tout cela en place et relativisent, surtout la troisième phrase de l'alinéa 1er: "L'autorité de jugement en fixe le montant en tenant compte de la situation personnelle du mineur." Quant à l'idée que tout devrait se payer et qu'en payant une amende, on participe de la logique affreuse du capitalisme, c'est tout de même pousser le bouchon un peu loin, vous me l'accorderez. Avec toutes les précautions énumérées à l'article 23, on peut parfaitement considérer que l'on doit conserver l'amende qui existe déjà aujourd'hui, après d'ailleurs la prestation personnelle.

Alors, à l'inverse, on retrouve dans la version de la majorité de la commission une manière de se préoccuper des jeunes, qui s'oppose à la proposition de minorité Aeschbacher. En effet, il est normal que le jeune puisse bénéficier de prolongations de délai pour s'acquitter de l'amende avant que l'on ne la convertisse en privation de liberté, et que les prolongations de délai puissent être déclarées d'office. Cela va avec les précautions précédentes. Là aussi, il faut tenir compte d'une certaine fragilité ou d'une certaine inconséquence du mineur et, de ce point de vue, la proposition de minorité Aeschbacher est trop dure, trop rigide.

C'est la raison pour laquelle nous vous proposons donc d'adopter la proposition de la majorité de la commission et de rejeter la proposition de minorité Ménétrety-Savary, mais Mme Ménétrety-Savary va sûrement poser une question. Puis, à l'alinéa 5, nous vous proposons de soutenir la proposition de la majorité de la commission.

**Ménétrety-Savary Anne-Catherine** (G, VD): Quand on a affaire à un étudiant qui ne gagne absolument pas d'argent – parce qu'il fait ses études – et que l'on tient compte de la situation personnelle de l'auteur du délit, cela veut dire que l'on ne va pas lui infliger une amende, puisqu'il ne touche rien. Alors dans ce cas-là n'est-ce pas effectivement une inégalité de traitement vis-à-vis des jeunes les plus défavorisés socialement? Ou alors, on tient compte de la situation financière de ses parents, et dans ce cas-là, il faut le dire clairement, on punit les parents.

**Eggy Jacques-Simon** (L, GE), pour la commission: Je vous répondrai d'abord que le plus important, c'est que le jeune qui ne dépend que de lui-même et pour lequel une amende serait en effet peu souhaitable et trop lourde soit exempté. On est d'accord sur ce point.

En ce qui concerne maintenant celui qui est étudiant, à qui on infligerait une amende parce que l'on tiendrait compte de la situation financière de ses parents et dont ce seraient finalement les parents qui payeraient l'amende, évidemment: on ne peut pas réformer toute la société. Pour les fils à papa dont les parents sont bêtement laxistes et ne se fixent pas des mesures éducatives personnelles dans le cadre de la famille, eh bien, c'est dommage pour les parents et c'est dommage pour les enfants.

Je ne crois pas que l'on puisse absolument de par la loi tenir compte de toutes les situations. Mais je suis sûr



que vous et moi, nous donnerons de bons conseils aux parents pour qu'ils agissent correctement.

**Metzler** Ruth (, ): Die Praxis zeigt, dass es immer wieder Fälle gibt, in denen eine Busse gegenüber Jugendlichen im fortgeschrittenen Alter eine zweckmässige Strafe darstellen kann. Die Busse ist nach der Verpflichtung zu einer Arbeitsleistung die am zweithäufigsten verhängte Jugendstrafe. Mit der Vorschrift, die Bussen seien unter Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse der Betroffenen festzusetzen, wird verhindert, dass den Jugendlichen, die im Allgemeinen über begrenzte finanzielle Mittel verfügen, untragbare Bussen auferlegt werden. Aus dem gleichen Grund sieht der Entwurf neu eine Obergrenze der Busse für Jugendliche von 2000 Franken vor.

Es ist also gleich mehrfach dafür gesorgt, dass keine unangemessenen und kontraproduktiven Bussen angeordnet werden; ich verweise auch auf die Erwägungen der Berichterstatterin. Umgekehrt stellen wir ja auch in unserem Alltag immer wieder fest, dass eine Busse – also die Strafe über das Portemonnaie – eine sehr wirksame Strafe sein kann.

Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag der Mehrheit zuzustimmen und den Minderheitsantrag abzulehnen.

### *Abstimmung – Vote*

#### *Eventuell – A titre préliminaire*

Für den Antrag der Mehrheit .... 70 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II .... 39 Stimmen

#### *Definitiv – Définitivement*

Für den Antrag der Mehrheit .... 81 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I .... 27 Stimmen

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen*

*Le débat sur cet objet est interrompu*